

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

9
2014

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Steuerbremse
muss kommen

UNTERNEHMEN

Firmenwagen
und Steuern

SERVICE

Grenzen der
Telefonwerbung



TTIP

Das Aufreger-Abkommen

DIE SEAT FLOTTE.

Fuhrparklösungen nach Maß.



Der SEAT Leon ST
inkl. Business-Paket
Reference

ab **183 €**
pro Monat¹



TECHNOLOGY TO ENJOY



Egal ob Gewerbekunde, Großkunde oder gewerblicher Sonderabnehmer: Bei SEAT gibt es für jeden individuellen Anspruch das richtige Fahrzeug oder auch die ganzheitliche Flottenlösung. Und das bei besonders günstigen Leasingraten und Betriebskosten. Kein Wunder, dass die SEAT Modelle Preise in Serie sammeln. Vor allem, wenn Fuhrparkmanager in der Jury sitzen: So wurde dem SEAT Leon ST erstmals und dem SEAT Alhambra bereits zum vierten Mal in Folge die Auszeichnung „Firmenauto des Jahres“² verliehen. Ein klares Zeichen für die Zuverlässigkeit, Flexibilität und Effizienz der SEAT Flottenlösungen. Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter 06150 1855-500 oder per E-Mail an: firmenkunden@seat.de

Kraftstoffverbrauch³ SEAT Leon ST 1.6 TDI, 77 kW, 4,6/3,3/3,8 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 99 g/km. Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen der abgebildeten Fahrzeuge der SEAT Flotte: kombiniert 8,4–3,3 l/100 km; CNG: 3,5–2,9 kg/100 km; kombiniert 196–79 g/km. Effizienzklassen: E–A+.

SEAT empfiehlt 

SEAT.DE/FIRMENKUNDEN

¹Der SEAT Leon ST Reference 1.6 TDI, 77 kW (105 PS), Start&Stop, auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 18.731,09 € + Sonderausstattung 920,17 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 183,00 € monatlich. Finanz-Leasingrate bei 36 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 20.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden mit Großkundenvertrag und nur bis zum 31.12.2014 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing. ²Firmenauto des Jahres 2014, Firmenauto 06/2014. ³Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

Schluss mit heimlichen Steuererhöhungen! Mit der Steuerbremse die kalte Progression verhindern

„Unions-Mittelständler wollen Steuerbremse ziehen“ – mit solchen und ähnlichen Überschriften berichteten in den vergangenen Wochen zahlreiche Medien über unseren Vorstoß zum Abbau der kalten Progression. Der Begriff ist sperrig, aber dahinter verbirgt sich eine der größten Ungerechtigkeiten im deutschen

Steuersystem. Der MIT ist es gelungen, dass ganz Deutschland darüber debattiert. Unser Ziel ist es, dass der CDU-Bundesparteitag im Dezember unser Konzept der „Steuerbremse“ beschließt.



Foto: Jördis Zähning

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Wir wollen die derzeitige Besteuerung von Lohn-erhöhungen, die nur dem Inflationsausgleich dienen, verhindern. Die Progression im Einkommensteuertarif führt bisher dazu, dass die Kaufkraft der Bürger bei inflationsausgleichenden Lohnerhöhungen sogar sinkt. Diese Ungerechtigkeit gehört abgeschafft, denn sie belastet jeden, der Lohn- bzw. Einkommensteuer zahlt: Personenunternehmen, Freiberufler, Angestellte, Beamte und auch Rentner. Dabei geht es uns nicht um Steuerentlastungen, sondern um Steuerehrlichkeit. Wir wollen, dass Arbeitnehmer spätestens ab 2017 dauerhaft ihren Lohnanteil erhalten, den sie als Kaufkraftausgleich vom Arbeitgeber bekommen. Der Staat darf nur tatsächliche Einkommenszuwächse stärker besteuern, nicht diesen Kaufkraftausgleich.

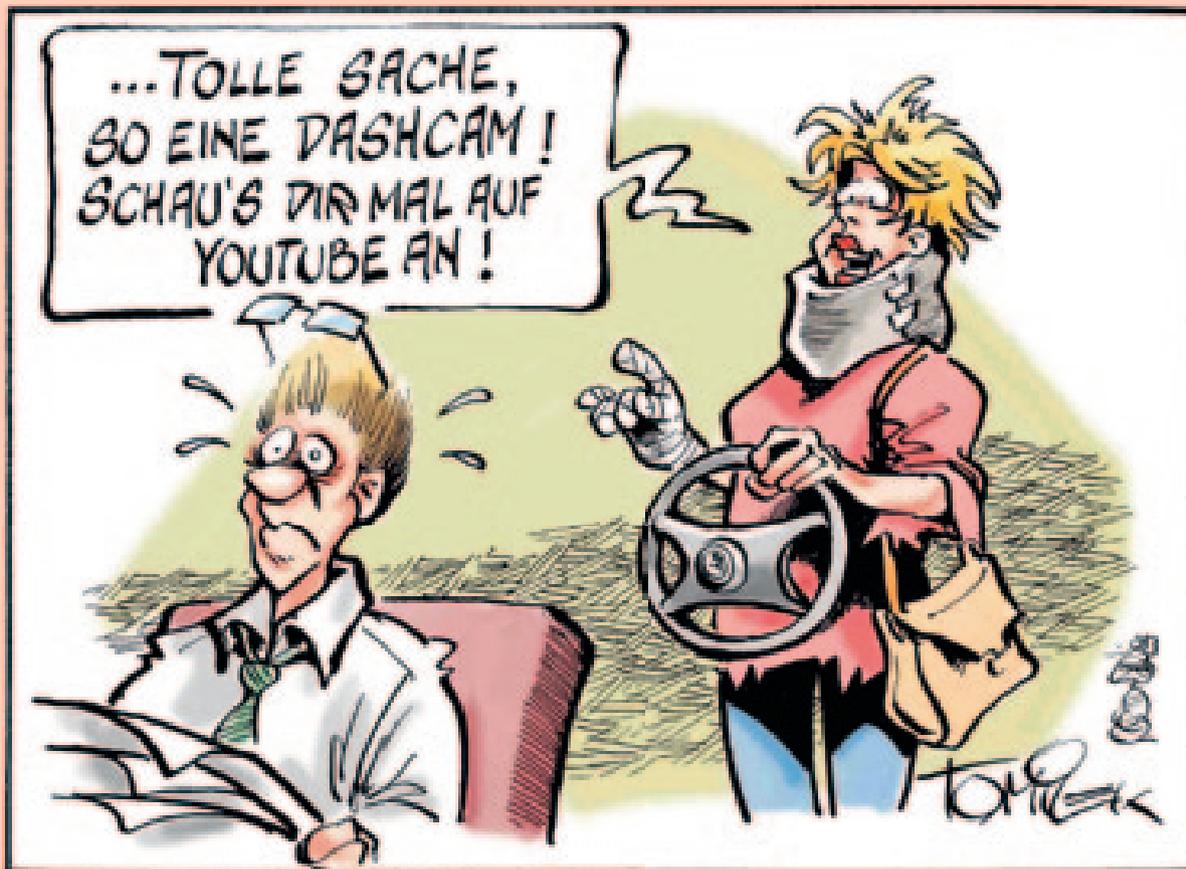
Es ist die vorrangige Pflicht der Union, diese Bereicherung des Staates auf Kosten der Steuerzahler zu beseitigen. „Keine Steuererhöhungen“ war unser zentrales Wahlversprechen. Das muss auch für die heimlichen Steuererhöhungen gelten, die insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen belasten. Der Staat muss endlich lernen, mit seinem Geld auszukommen. Unsere Gegner behaupten, für die Abschaffung der kalten Progression sei kein Geld da. Doch der Ruf nach Gegenfinanzierung ist höhnisch: Warum soll man etwas gegenfinanzieren, was sich der Staat heimlich und ungerechtfertigt nimmt? Deshalb verbieten sich auch Steuererhöhungen an anderer Stelle. Zumal die finanziellen Spielräume bereits vorhanden sind und die Steuereinnahmen bei konstanter wirtschaftlicher Entwicklung auch ohne den Effekt der kalten Progression weiter steigen werden.

Wir brauchen eine Mehrheit auf dem CDU-Bundesparteitag in Köln. Binnen der ersten sechs Wochen nach Kampagnenstart haben sich bereits mehr als 80 MIT-Gliederungen der Initiative angeschlossen. Inzwischen stimmten auch erste CDU-Verbände dem MIT-Modell zu, darunter auch der CDU-Landesverband Brandenburg. Ich freue mich besonders, dass auch die Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft CDA die Kampagne der MIT für mehr Leistungsgerechtigkeit in der Steuerpolitik unterstützt.

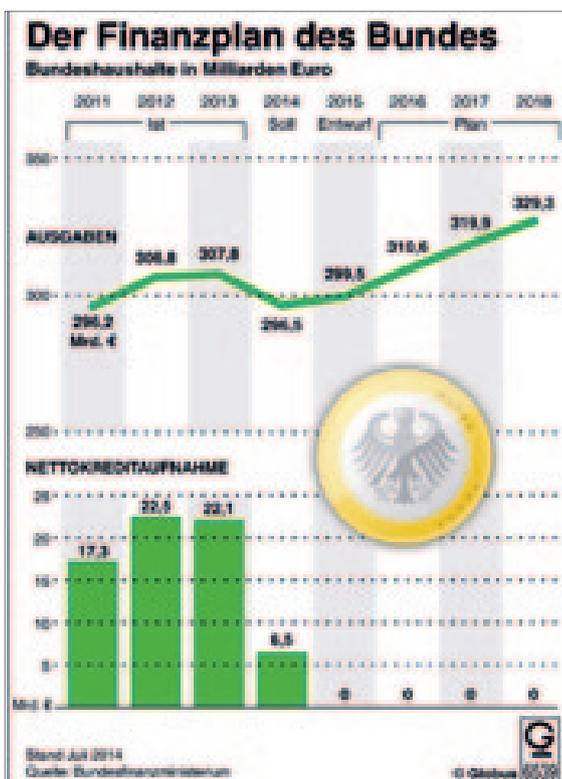
Das engagierte Vorgehen der MIT-Gliederungen zum Abbau der kalten Progression zeigt, wie dynamisch und kampagnenfähig unsere Mittelstandsvereinigung ist. Ich danke allen MIT-Repräsentanten vor Ort, die sich intensiv dafür einsetzen, dass der MIT-Antrag von einer breiten Basis der Union getragen wird. Wenn wir diesen Weg entschieden weitergehen, wird es uns gelingen, gemeinsam die kalte Progression abzubauen.

Herzlichst


Carsten Linnemann



AUTO-FOKUS



Die Bundesregierung hat zusammen mit dem Haushaltsentwurf für 2015 ihre mittelfristige Finanzplanung bis 2018 veröffentlicht. Für 2015 sieht der Entwurf vor, dass der Bund erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommt. Und auch in den Folgejahren bis 2018 soll eine Null bei der Nettokreditaufnahme stehen. Die staatliche Schuldenquote - also das Verhältnis der gesamten deutschen Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt - soll von jetzt 76 Prozent auf 65 Prozent im Jahr 2018 sinken. Nach den Maastricht-Kriterien liegt diese Grenze bei 60 Prozent.

G.K.

INHALT



POLITIK

- 3 Editorial**
Carsten Linnemann, MIT-Bundesvorsitzender, zur aktuellen Bundespolitik
- 6 Mit Multi-Kulti nichts am Hut**
Interview mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber
- 8 Vermögensverteilung in Deutschland**
Das Märchen von den vielen Reichen und den ganz vielen Armen in Deutschland ist tatsächlich eines und statistisch folglich nicht belegbar
- 13 Die Mär vom Chlorhühnchen**
Wer immer noch mit dem so sehr strapazierten Chlorhühnchen gegen das Freihandelsabkommen TTIP zu Felde zieht, offenbart damit sein Nichtwissen

UNTERNEHMEN

- 15 Firmenwagen und Steuern**
Die unendliche Geschichte von der privaten Nutzung eines Firmenwagens
- 18 AUTO-Fahrberichte**
Für Sie gefahren: Alfa Giulietta, Porsche Macan und Opel Insignia
- 20 Die deutsche E-Mail**
Sichere Kommunikation – auch in unsicheren NSA-Zeiten
- 21 Unzulässige Telefonwerbung**
Das kann teuer werden: eine unzumutbare telefonische Belästigung
- 22 Blaumachen im Sommer**
Wie man verdächtigen Krankmeldungen von Mitarbeitern auf die Schliche kommt

SERVICE

- 23 Aktuelle Urteile**
- 24 Unsere Bücherseite**
Für Sie gelesen von Günter Kohl
- 25 Kalte Progression**
Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung startet eine breit angelegte Kampagne gegen die kalte Progression
- 28 Leserreise Istanbul**
Unsere Leserreise führt diesmal in die Metropole am Bosphorus

MIT-/ MU-INSIDE

- 26 MIT-/ MU-Inside** mit Berichten aus den Regionalverbänden
- 33 Namen sind Nachrichten**
- 34 Auf den Punkt gebracht**
Schwarzbuch Energiewende
- 34 Impressum**

Schnitt: zeitlos.

Kaufmännische Prozesse: up to date.

Mit Software von DATEV.



Für perfekt geschneiderte Kleidung muss man sein Handwerk verstehen. Genau wie für die Unternehmensführung. Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV sorgen für einfache und zuverlässige Prozesse in Ihrem Unternehmen – vom Angebot über die Rechnung bis zur fertigen Buchhaltung. So können Sie sich ganz auf Ihren Erfolg konzentrieren.

Informieren Sie sich auf www.datev.de/up-to-date oder unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

MIT MULTI-KULTI HABEN WIR NICHTS AM HUT

Interview mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber

Herr Tauber, wie sieht das durchschnittliche CDU-Mitglied aus?

Peter Tauber: Das durchschnittliche CDU-Mitglied heute ist ein freundlicher Herr Ende 50, wahrscheinlich graumeliert oder mit einer ähnlichen Frisur wie ich.

Das soll jetzt anders werden. Sie wollen die CDU jünger, weiblicher, bunter machen.

Tauber: Ja, wobei man darüber diskutieren kann, ob „bunt“ aussagekräftig genug ist. Das kann ja auch beliebig klingen. Es ist ein schönes Wort, das jeder mag. Eigentlich rede ich doch lieber von...

...schwarz...?

Tauber: Nein, davon, dass wir auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zugehen.

Sie könnten auch Multi-Kulti-CDU sagen.

Tauber: Sicher nicht. Mit Multi-Kulti haben wir weiterhin nichts am Hut. Zuwanderer ist doch ein schönes Wort. Es ist wärmer, weniger abstrakt als Migranten. Es macht auch deutlich: Da kommt jemand zu etwas dazu, was schon da ist. Natürlich ist der Prozess, der dann folgt, nicht einseitig. Integration heißt nicht nur, dass man sich einfügt, sondern auch, dass die Aufnehmenden sich öffnen.

Und wie groß ist die Abwehrreaktion in der Partei?

Tauber: Wenn ein immer größerer Teil des Landes ausländische Wurzeln hat, sollte die CDU das abbilden. Da kann es auch mal kontroverse Diskussionen geben, was das heißt. Aber Menschen, die sich hier etwas aufbauen wollen oder aufgebaut haben, die

hier ihre Zukunft sehen und unser Gemeinwesen gestalten wollen – das sind doch Menschen, die gut zu uns passen. Das U in unserem Namen steht für die Überwindung der Konfessionsgrenzen, für die Suche nach Gemeinsamkeiten, für die Integration der Heimatvertriebenen und der Spätaussiedler. Diesen Anspruch müssen wir ins Heute übersetzen.

Trennen Sie sich vom Christlich, vom C im Namen, weil die Festlegung auf eine Religion auch ausgrenzt?

Tauber: Das auf keinen Fall! Wir sind eine Partei, die durch christliche Werte geprägt ist, wir sind aber keine Kirchenpartei. Und es gibt eine erkennbare Zahl von Muslimen, die gerade wegen des Cs in die CDU kommen. Unsere Werteorientierung ist bereits eine verbindende Brücke.

Müssen Sie bei Ihrem Reformeifer darauf Rücksicht nehmen, dass es mit der AfD erstmals eine neue Partei im konservativen Lager gibt?

Tauber: Die AfD ist nicht konservativ, sie ist reaktionär. Es ist ein großer Unterschied, ob ich versuche mich zu erinnern, was gut war und was davon bewahrenswert ist. Oder ob ich nur an etwas festhalte, um es nicht loszulassen. Für mich gilt: Wir wollen die Flamme bewahren und nicht die Asche weitertragen.

Merken Sie an der Basis, dass es Konkur-

renz gibt von der AfD – etwa durch Übertritte?

Tauber: Ich habe den Eindruck: Dort, wo AfDler von uns kommen, will sie von uns keiner geschenkt zurück. Es sind oft die, die wenig diskussionsfähig waren, die immer alles besser wussten. Die müssen dann eben eine neue Heimat finden. Mich interessieren daher eher die Wähler und die Themen als die Funktionäre der AfD. Und ich rate uns im Umgang zu einer gewissen Gelassenheit.

Gibt es diesen altkonservativen 50er-Jahre-Flügel der CDU noch?

Tauber: Man sollte schon darüber diskutieren, was eigentlich konservativ ist. Für mich als Konservativen ist das vor allem eine Frage der Haltung. Jammern und Wehklagen, dass angeblich niemand auf einen hört, ist nicht konservativ.

Sondern: Zähne zusammenbeißen?

Tauber: Ja. Lerne leiden ohne zu klagen. Wobei ich nicht finde, dass es viel Grund zu klagen gibt.



CDU-Generalsekretär Peter Tauber, MdB, stellte sich den Fragen von Daniela Vates und Thomas Kröter (Berliner Zeitung)

Kann nicht jeder: Professional Class – Volkswagen für Selbstständige.

** Und für die, die es werden wollen.*



Das Programm für Selbstständige
Unsere Mobilitätsmodule für Ihre Bedürfnisse:

z. B. Wartung & Verschleiß-Aktion • KaskoSchutz • HaftpflichtSchutz
• ReifenClever-Paket • Europa Tank & Service Karte Bonus

Der neue Polo.

Mit Professional Class liegen Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmer immer goldrichtig. Denn hier steckt genau so viel Mobilität drin, wie Sie brauchen: Top-Leasingangebot, günstiger Kasko- und HaftpflichtSchutz, attraktive Prämie und starke Service-Module mit enormen Preisvorteilen! Setzen auch Sie auf Kostentransparenz und Planbarkeit – mit Professional Class: ein starkes Paket für Ihre Mobilität.

Jetzt einsteigen und profitieren: www.volkswagen.de/selbststaendige

Kraftstoffverbrauch des Polo in l/100 km:

kombiniert 5,1 – 3,1, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 116 – 82.



Das Auto.

ARM

REICH

Die Deutschen halten die Kluft zwischen Arm und Reich für viel größer als sie wirklich ist

Foto: Clipdealer.de

Das Märchen von der Armut im Land

Der Mittelstand zieht den Karren und leidet still – Neue Vermögensstudie mit überraschenden Ergebnissen – Pensionäre am reichsten

Von Günter F. Kohl

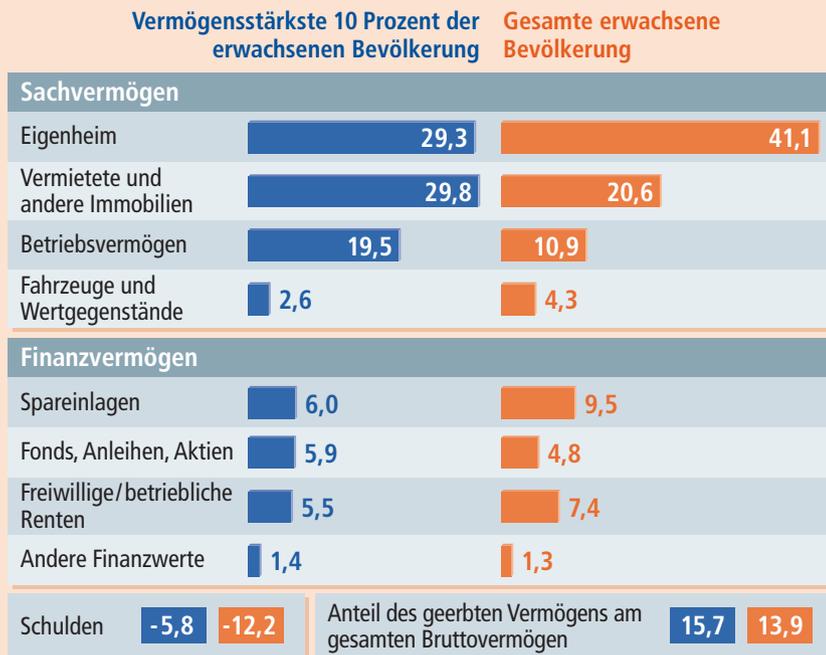
Die Deutschen, bekannt für ihren besonders ausgeprägten Neidkomplex, hadern wieder einmal mit ihrem finanziellen Schicksal. Ungerecht gehe es zu in unserem Land, wenig fair werde man behandelt. Vor diesem Hintergrund sprachen sich noch vor kurzem drei Viertel aller repräsentativ Befragten für

höhere Renten und einen gesetzlichen Mindestlohn aus – weil man ja von seinem Verdienst auch leben können müsse. Vor allem Selbstständige als Angehörige jener Schicht, die besonders argwöhnisch beäugt und verdächtigt wird, den Staat hemmungslos auszubeuten, weil man ja zum Beispiel „alles absetzen“ könne, stehen am virtuellen Pranger. Die nicht unwichtige kleine Tatsache, dass man zu-

nächst einmal Einnahmen erzielen muss, bevor man einzelne Ausgaben absetzen kann, wird übersehen. Wahrscheinlich weil das schlechte Beispiel des Staates Schule macht, der seit Jahren wesentlich mehr ausgibt als er einnimmt. Aber das soll sich ja ändern. Prominente Steuersünder und die medienrätliche Hatz auf solche verfehlen ebenfalls ihre Wirkung nicht.

Vermögen in Deutschland

Anteile am gesamten Bruttovermögen 2010 in Prozent



Ursprungsdaten: HFCS (The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 23

In den Augen vieler Menschen fristet dagegen eine große Gruppe am unteren Rand der Einkommensskala ein tristes Dasein, während umgekehrt eine fette Mittelschichtgesellschaft ganz oben immer größer und mächtiger wird. Die Wirklichkeit, dies hat eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in diesen Wochen ergeben, sieht ganz anders aus.

50 Prozent Mittelschicht

Den Befragungsergebnissen des IW zufolge gehen die Deutschen im Durchschnitt davon aus, dass ein Viertel aller Bürger der untersten der in dieser Studie angelegten sieben Einkommensschichten angehört. Laut Definition würden diese Menschen in „relativer Armut“ leben und nur über 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesellschaft verfügen. Tatsächlich aber entfallen anstelle der vermuteten 25 Prozent nur 15,6 Prozent der Bürger auf diese Einkommensklasse. Demgegenüber gehört in Wirklichkeit fast die Hälfte der Deutschen der Mittelschicht an, die das IW mit einer Bandbreite von 80 bis 150 Prozent des mittleren

Einkommens definiert. Die Befragten jedoch gingen davon aus, dass allenfalls nur 30 Prozent dieser Schicht angehören.

Umgekehrt wird der Anteil der Spitzeneinkommen, die oberhalb der Schwelle von 250 Prozent der gesellschaftlichen Mittelwerts liegen, stark überschätzt. Statt der tatsächlichen drei Prozent ordnet die Öffentlichkeit etwa acht Prozent der Bürger dieser Gruppe zu. 250 Prozent des Mittelwerts bedeuten für einen Single ein Monatseinkommen von etwa 4.000 Euro.

Wohlstands-Umverteilung

Die Autoren der IW-Studie sehen in den seit Jahren anhaltenden Sozial- und Umverteilungsdebatten in Deutschland eine wesentliche Ursache für die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit. Solche Debatten bestätigen wohl die Menschen noch in ihrer Einschätzung, dass mit der Wohlstandsverteilung bei uns offenbar doch etwas nicht stimmt. Und das, obwohl Mindestlohn, Rente ab 63 und Mütterrente beschlossen sind.

Zwei Beispiele mögen das belegen:

- Angesichts klammer Sozialkassen hat der Staat sich vor Jahren bei den Unternehmen ein zinsloses Darlehen besorgt, indem er den Zahlungstermin für die Sozialbeiträge um einen Monat vorverlegte. Statt die geschätzten 30 Milliarden Euro an die Unternehmen zurückzuzahlen, wurden sie zur Finanzierung der jüngsten, kostspieligen Rentenvorhaben eingesetzt. Wohlstands-Umverteilung auf die andere Art.
- 2013 schätzten zwei Drittel der Befragten Deutschen den Anteil der Zeitarbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten auf 20 Prozent. Tatsächlich jedoch lag er bei drei Prozent. Die Fehleinschätzung ging zweifelsohne auf die in dieser Sache geführten schrägen Debatten zurück.

Ordnungs- kontra Umverteilungspolitik - ein ungleicher Kampf

IW-Direktor Michael Hüther analysiert dies so: „In politischen Verteilungsdebatten zählen oft nicht die Fakten, sondern die gefühlte Wirklichkeit. Solche Debatten sind entsprechend kontraproduktiv. Anstatt ein realistisches Bild zu zeichnen, bestätigen sie die Bevölkerung in ihrer falschen Einschätzung zur Einkommensverteilung.“

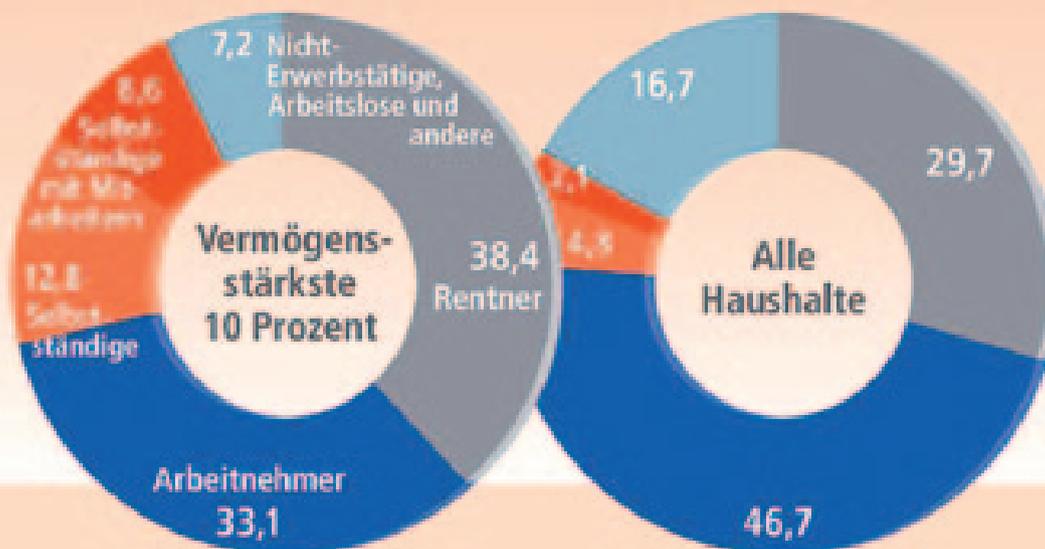
Was Hüther in diesem Zusammenhang nicht problematisiert, aber bei anderen Gelegenheiten immer wieder ausgesprochen hat, ist der ständige Konflikt zwischen Ordnungs- und Verteilungspolitikern. Nicht erst seit Bestehen der großen Koalition hat sich das Gewicht zugunsten der Verteilungspolitiker spürbar verschoben. Die parlamentarischen Entscheidungen vor der Sommerpause (Rente ab 63, Mütterrente, Mindestlohn) sind dafür milliarden-schwere Beispiele.

Pensionäre sind die Reichsten

Wenige Tage nach Veröffentlichung

Deutschlands Vermögende

Anteile nach dem Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands im Jahr 2010 in Prozent



Ursprungsdaten: HFCS (The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Minden | April 2014

der IW-Studie im Juli überraschte das Statistische Bundesamt mit der Schlagzeile „Beamtenpensionäre sind die Reichsten in Deutschland“! Mit einem Nettovermögen von durchschnittlich fast 300.000 Euro sind die ehemaligen Staatsbediensteten mehr als doppelt so reich wie der Durchschnitt aller Deutschen. Auf Platz zwei landen die Selbstständigen mit gut 257.000 Euro, gefolgt von den Beamten mit 155.300 Euro. Für diese Untersuchung, die zuletzt 2008 stattfand, wurden Immobilienbesitz, Geldvermögen (Sparguthaben, Wertpapiere, Fondsanteile und Lebensversicherungen) sowie Schulden herangezogen.

Während Selbstständige und Beamte zwischen 2008 und 2013 überhaupt keine Vermögenssteigerung zu verzeichnen hatten, legten die Vermögen der Pensionäre um erstaunliche 22 Prozent zu (Haushalte insgesamt fünf Prozent). Der Grund für diesen Reichtumsanstieg: Pensionäre haben relativ viele Immobilien, vorwiegend

in guten Gegenden, und profitierten vom Anstieg der Häuser- und Wohnungspreise. Zudem nahmen sie regelmäßig durch den Anstieg ihrer Pensionen am Inflationsausgleich teil, was in diesem Maße den Selbstständigen versagt bleibt.

Gefälle zwischen Ost und West

Insgesamt sind die Vermögen der Deutschen im Vergleichszeitraum kaum gestiegen, unter Berücksichtigung der Geldentwertung sogar geschrumpft, jedenfalls bei den Selbstständigen, die darunter litten, dass die Sparzinsen stärker sanken als die Kreditzinsen. Einbußen, und zwar sehr heftige, haben zwischen 2008 und 2013 die Arbeitslosen hinnehmen müssen, nämlich 47 Prozent.

Die Reichen schröpfen

Zurück zum Vorurteil: Die Reichen werden immer reicher und deshalb müssen sie geschröpft werden – Reichensteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer – kein

Ende absehbar. Regierungen retten Banken und ganze Staaten, das nützt Aktionären und Investoren, Hazardeure werden belohnt, kleine Sparer dagegen mit Mini-Zinsen abgespeist. Verkürzt, sehr verkürzt gesehen ist diese Lesart für manchen plausibel. Und die Kapitalismuskritik folgt auf dem Fuß: Diejenigen, die unter dem Schutz des Staates so reich geworden sind, sollen endlich mal mehr abgeben. Weh tuts ihnen sowie nicht.

Aber, diese Tatsache ist unumstößlich, auch wenn sie in Deutschland offenbar niemanden interessiert: Der Mittelstand gehört zu den Top Ten, die zusammen die Hälfte der Steuern aufbringen und den allgemeinen Wohlstand nähren, indem sie Arbeitsplätze schaffen und auch in schweren Zeiten den Karren ziehen. Dankbarkeit ist nicht zu erwarten. Dennoch ist das viel zitierte „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ ungebeugt. Vor allem montags, wegen der vielen Sonntagsreden.

GESCHÄFTS-
KUNDEN
SERVICE



Der Toyota Hilux ist **Allradauto des Jahres 2014***, Kategorie Pick-up (Importeurswertung).
*Auto Bild Allrad Ausgabe 5/14.



FÜR WEN EMPFEHLEN SICH FAHRZEUGE VOM TOYOTA GESCHÄFTSKUNDEN SERVICE?

Für Unternehmer, die durchstarten, wo andere längst aufgeben.

Immer mehr Unternehmen vertrauen auf die Leistungen des Toyota Geschäftskunden Service: Entdecken auch Sie effiziente Geschäftswagen und Nutzfahrzeuge von höchster Zuverlässigkeit sowie die größte Auswahl an Vollhybrid-Modellen. Dazu Service und Leasing aus einer Hand für Unternehmen jeder Größe – bei den 547 Toyota Partnern, auch in Ihrer Nähe.

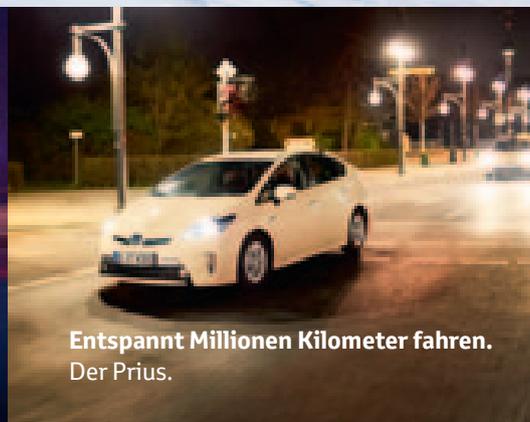
Erfahren Sie mehr! Spannende Fuhrpark-Stories und eine große Auswahl erwarten Sie:

www.toyota-fuhrpark.de oder **Tel. 0 22 34 / 102 21 10.**

Kraftstoffverbrauch der hier beworbenen Modelle kombiniert 8,6–3,9 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 227–89 g/km (nach EU-Messverfahren).



Ankommen, wenn's drauf ankommt.
Der Auris.



Entspannt Millionen Kilometer fahren.
Der Prius.



Energie intelligent nutzen.
Der Auris Touring Sports Hybrid.



Fotos: Fotolia

MIT



... in den Medien

Der Bundesvorsitzende unterwegs...

„Wenn die Union sagt, dass es keine Steuererhöhung geben darf, dann darf es auch keine heimliche geben. Also brauchen wir den Abbau der Kalten Progression.“

Carsten Linnemann, DIE WELT, 1. August 2014

„Ziel ist es, mindestens 50 CDU-Kreisverbände auf unsere Seite zu bringen. Wir wollen eine breite Basis gewinnen für den Parteitag im Dezember.“

Carsten Linnemann, FOCUS, 11. August 2014

„Wenn wir in der großen Koalition unseren Vorsprung bei der Wirtschaftskompetenz verlieren, werden wir nicht mehr mehrheitsfähig sein.“

Carsten Linnemann, Rheinische Post, 7. August 2014

„Unternehmen zahlen ihren fleißigen, treuen Mitarbeitern mehr Geld, und die Leute bekommen dann netto nicht das, was sie verdienen. Das geht gegen jede ökonomische Vernunft.“

Hans Michelbach, DIE WELT, 1. August 2014

„Wir wollen, dass der Steuertarif künftig automatisch an die Inflationsrate angepasst wird. Das heißt: Lohnerhöhungen, die nur die Inflationsrate ausgleichen, werden künftig nicht mehr wegbesteuert.“

Carsten Linnemann, Passauer Neue Presse, 1. August 2014

„Die CDU ist nicht der Koalitionsvertrag. Wir müssen deshalb deutlich machen, wofür wir darüber hinaus stehen und welche Impulse wir für die Regierung daraus ableiten.“

Carsten Linnemann, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Juli 2014

„Wir müssen dringend die Voraussetzungen schaffen, Startup-Unternehmen Wachstumskapital zur Verfügung zu stellen. Die jungen deutschen High Potenzials fliegen heute in die USA oder nach Israel, holen sich dort das Geld - und bleiben dann dort.“

Carsten Linnemann, Der neue Tag, 22. Juli 2014

„Der Wirtschaftsflügel der Union ist momentan das einzig marktwirtschaftliche Korrektiv im Deutschen Bundestag. Unsere Aufgabe ist es dafür zu sorgen, dass Deutschland auch in den nächsten Jahren noch an der Spitze steht und wir unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit halten können.“

Carsten Linnemann, oberpfalz.net, 21. Juli 2014

„Wir machen zu viel Gegenwarts- und zu wenig Zukunftspolitik.“

Carsten Linnemann, Manager Magazin, 18. Juli 2014

5.09.2014, 13:00 Uhr

CDU Thüringen

Unterstützung des Landtagswahlkampfes Thüringen

05.09.2014, 18:00 Uhr

MIT Thüringen, Sommerfest

Flexi-Rente, Kalte Progression und Co. – wie die MIT Politik gestaltet!
Rudolstadt

13.09.2014, 10:00 Uhr

MIT Baden-Württemberg,

Landesmittelstandstag

Flexi-Rente, Kalte Progression und Co. – wie die MIT Politik gestaltet!
Mannheim

15.09.2014, 18:00 Uhr

MIT Harburg

Der deutschen Wirtschaft geht es gut – dank oder trotz der Politik?
Buchholz

22.09.2014, 13:00 Uhr

MIT Bundesvorstand

Bundesvorstandssitzung

Berlin

TTIP - Das Aufreger-Abkommen

Foto: Fotolia



Die in der Öffentlichkeit vorwiegend unter dem Stichwort „Chlorhühnchen“ geführte Debatte über das TTIP wird der Bedeutung dieses Handelsabkommens nicht gerecht

Soll das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA, so es denn überhaupt zustande kommt, eine Investitionsschutzklausel enthalten oder nicht? Diese Frage wird derzeit höchst kontrovers diskutiert. Viele Fakten sprechen allerdings für die Aufnahme der Klausel und vor allem für den Abschluss des Vertrages.

Er ist nur ein Teil des geplanten Freihandelsabkommens TTIP, das die EU und die USA derzeit miteinander aushandeln, doch er sorgt für mächtig Stimmung, der Investorenschutz. Investitionsschutzklauseln sollen dafür sorgen, dass Firmen im Ausland nicht diskriminiert oder kompensationslos enteignet werden. Geschieht das doch, können sie gerichtlich gegen den entsprechenden Staat vorgehen. Dafür braucht das Unternehmen nicht die gerichtlichen Instanzen des Ziellands

einzuschalten, es kann direkt vor einem internationalen Schiedsgericht klagen. In den vergangenen 35 Jahren ist die Zahl der Investitionsschutzabkommen stark gestiegen (siehe Grafik auf Seite 14).

Dass sich Betriebe, die in einem Entwicklungsland investieren und damit erhebliche Risiken eingehen, absichern wollen, ist legitim. Warum aber sollten solche Schutzklauseln in ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und Amerika gehören – zwei Länder, an deren Rechtsstaatlichkeit eher wenig Zweifel bestehen?

Investitionsschutz muss sein

Dafür gibt es gute Gründe. Ein besonders wichtiger ist, dass das transatlantische Investitionsabkommen Vorbildcharakter haben soll. Ein neues Abkommen könnte Standards setzen und als Vorlage für künftige Investitionsschutzverträge dienen.

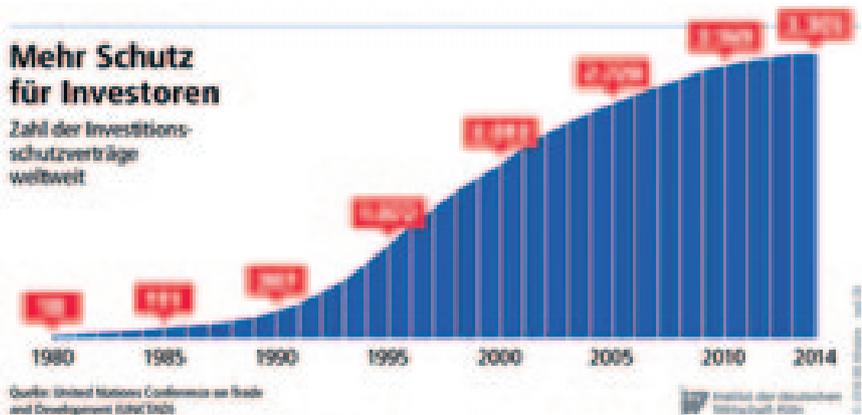
Es gibt auch plausible wirtschaftliche Gründe für die Aufnahme des Investi-

tionsschutzes in das TTIP. So regelt ein Investitionsschutzkapitel auch Fragen des Marktzugangs. In der amerikanischen Wirtschaft gibt es noch viele Barrieren. Hier einen besseren Zugang zu erhalten, ist für die europäischen Unternehmen von großer Bedeutung.

Aber auch die Amerikaner haben ein großes Interesse an dem Abkommen. Sie sind verständlicherweise daran interessiert, für ihre Investoren eine möglichst hohe Rechtssicherheit in allen europäischen Ländern zu erzielen.

Übrigens: Fast die Hälfte aller Klagen, die 2012 weltweit erhoben wurden, stammen von Unternehmen aus Europa. Deutsche Investoren, die in den USA tätig sind, hatten bislang noch keinen Grund, ein Schiedsgericht anzurufen.

Günter Kohl/Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



Investitionsschutzabkommen

Diese Abkommen sollen sicherstellen, dass ausländische Investoren nicht diskriminiert werden. Sieht ein Unternehmen seine Rechte im Partnerland verletzt oder fühlt es sich nachteilig behandelt, kann es in der Regel ein internationales Schiedsgericht anrufen. Schiedsgerichte sind deshalb nötig, weil den Unternehmen der normale Rechtsweg mitunter versperrt ist: Völkerrechtliche Abkommen – und dazu wird das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP aller Voraussicht nach zählen – können nicht immer ohne weiteres vor nationalen Gerichten durchgesetzt werden.

Der angestrebte Investor-Staat-Streit-Schlichtungsmechanismus läuft unter dem Begriff Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS) Grafik: IW

Nicht auf ISDS verzichten

Investitionen sind Rückgrat und Motor der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Auf die USA entfallen rund 30 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen der EU. Investitionen fördern Wachstum und schaffen Arbeitsplätze. TTIP braucht daher ein Investitionskapitel – und zwar sowohl für Fragen des Marktzugangs als auch des Investitionsschutzes. So treffen ausländische Investoren in vielen Sektoren der USA – zum Beispiel in der Schiff- und Luftfahrt sowie im Mobilfunkbereich – immer wieder auf Hemmnisse, zum Beispiel auf Beschränkungen des Kapitaleigentums. TTIP wird nicht alle diese Barrieren beseitigen, könnte aber die Basis für eine größere Offenheit im transatlantischen Markt schaffen. Deshalb ist es sinnvoll, den Investitionsschutz in TTIP zu verankern, auch wenn es sich bei den USA und der EU um hoch entwickelte Rechtsstaaten handelt. Zu

den wichtigsten Grundsätzen, die in einem solchen Kapitel festgeschrieben werden müssen, gehören Meistbegünstigung, Inländerbehandlung, faire und angemessene Behandlung und der Schutz vor direkter und indirekter Enteignung. Ohne einen Investor-Staat-Streit-Schlichtungsmechanismus (ISDS) würden einem solchen Kapitel jedoch die Zähne fehlen. Denn sollten die USA gegen den Vertrag verstoßen, kann ein Investor seinen Anspruch vor einem nationalen Gericht nur dann geltend machen, wenn dieses auch das Völkerrecht akzeptiert und anwendet. Und das ist nicht garantiert. Auch aus strategischer Sicht wäre es falsch, auf ISDS zu verzichten. Gemeinsame Grundsätze würden die Verhandlungsmacht der EU und der USA gegenüber Drittländern stärken und den transatlantischen Partnern helfen, ihre Ordnungsvor-

Linke Front gegen TTIP

Das Land, das am stärksten von der Globalisierung profitiert, diskutiert das TTIP am heftigsten. Die Anti-Globalisierungsbewegung erlebt eine Renaissance und wird angeführt. Grüne, Linkspartei, der linke Flügel der SPD, fast alle inner- und außerparlamentarischen Bündnispartner der Sozialdemokraten und diverse Nichtregierungsorganisationen sind gegen TTIP. Mit emotionalen Argumenten und zum Teil falschen Fakten wenden sie sich gegen das Abkommen, das den deutsch-amerikanischen Handel um fünf Prozent pro Jahr steigern und unser Wirtschaftswachstum für zehn Jahre um 0,35 Punkte in die Höhe treiben würde. **G.K.**

stellungen international durchzusetzen. Und es würde ihnen die Möglichkeit geben, wichtige Reformen im internationalen Investitionsschutz voranzutreiben: unter anderem eine Verbesserung der Transparenz, Mechanismen gegen ungerechtfertigte Klagen und die Schärfung von Rechtsbegriffen. Denn nur so kann die Legitimität des Systems gewahrt werden. Dies ist wichtiger denn je, haben doch bereits einige Länder Investitionsschutzverträge aufgekündigt, darunter Südafrika, Bolivien und Ecuador,



oder denken ernsthaft darüber nach, dies zu tun. Ein transatlantisches Abkommen wäre ein wichtiges Signal für diese Länder.

Stormy-Annika Mildner ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik des Bundesverbands der Deutschen Industrie



Die gebräuchliche Abkürzung TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership

Foto: Fotolia

A close-up photograph of a vintage dark green car with yellow wheels. A brown leather bag is resting on the front fender. The car is parked on a paved road with green trees in the background.

Die immer wiederkehrende Frage
FAHRTENBUCH oder
1-PROZENT-METHODE

Von Silke Becker

Werden Firmenfahrzeuge auch privat genutzt, muss man dies bekanntlich als geldwerten Vorteil versteuern. Das geschieht entweder pauschal über die so genannte 1-Prozent-Methode oder aber individuell durch ein Fahrtenbuch. In der täglichen Praxis sind dabei allerdings viele Punkte unklar. Rechtsanwalt und Steuerberater Markus Deutsch von der Berliner Kanzlei Recht & Steuern beantwortet die wichtigsten Fragen zum Thema:

Wann muss ich davon ausgehen, dass das Finanzamt bei meinem Firmenfahrzeug Privatnutzung unterstellt?

Markus Deutsch: Fast immer. Sobald ein Dienstwagen grundsätzlich zur Privatnutzung geeignet ist, gehen die Finanzbehörden davon aus, dass dies auch geschieht, und der Fahrer muss den geldwerten Vorteil versteuern. Nicht das Finanzamt muss beweisen, dass das Auto privat gefahren wird, sondern umgekehrt muss der Fahrer nachweisen, dass er es ausschließlich beruflich nutzt. Eine rein betriebliche Nutzung wird nur für Fahrzeuge angesetzt, die objektiv für Privatfahrten ungeeignet sind, beispielsweise Lkw oder Werkstattwagen.

Wie kann man beweisen, dass man ein Fahrzeug wirklich nur beruflich nutzt?

Deutsch: Hier hängt vieles vom Einzelfall ab. Bei Angestellten muss die Privatnutzung im Arbeitsvertrag ausdrücklich verboten sein und der Arbeitgeber muss außerdem kontrollieren, dass dies auch eingehalten wird. Bei Selbstständigen ist der Beweis sehr viel schwieriger und in der Praxis nur in seltenen Fällen möglich. Sobald man mit dem Firmenfahrzeug auch nur einen einzigen Mal einen Umweg zur Apotheke oder zum Bäcker macht, ist die Privatnutzung gegeben und damit werden Steuern fällig. Am ehesten ge-

lingt der Nachweis, wenn jedes autofahrende Familienmitglied nachweislich ein eigenes und in der Klasse vergleichbares oder höherwertiges Fahrzeug zur Verfügung hat. Fährt der Unternehmer dagegen privat gar kein oder nur ein preiswertes, betrieblich dagegen ein teureres Fahrzeug, wird praktisch immer Privatnutzung unterstellt.

Wann wird bei Familienmitgliedern Privatnutzung angesetzt?

Deutsch: Auch hier kommt vieles auf den Einzelfall an. Haben erwachsene Familienmitglieder Zugang zu den Firmenfahrzeugen, unterstellt das Finanzamt normalerweise, dass auch sie die Geschäftswagen privat fahren. Folglich muss jedes Familienmitglied ein Fahrzeug des Fuhrparks versteuern. Haben sie aber nachweislich keinen Zugang zu den Fahrzeugen oder überhaupt keinen Führerschein, müssen sie natürlich auch nichts versteuern.

Wie wird gerechnet, wenn sich mehrere Personen ein Auto teilen?

Deutsch: In diesem Fall wird die Privatversteuerung auf die Personen aufgeteilt, jeder zahlt also nur seinen Anteil.

Was gilt, wenn es mehr Fahrzeuge gibt als Personen, wenn der Unternehmer also beispielsweise Single ist, im Fuhrpark aber drei Autos stehen?



Markus Deutsch

Deutsch: Normalerweise wird dann das teuerste Fahrzeug versteuert, die anderen nicht. Stellt sich aber heraus, dass der Unternehmer alle drei Fahrzeuge wechselnd privat fährt, muss er auch alle drei versteuern.

Was gilt bei der 1-Prozent-Methode, wenn ich gar nicht fahre, etwa im Urlaub oder bei Krankheit?

Deutsch: Bei der 1-Prozent-Methode handelt es sich um eine Pauschale, mit der die Möglichkeit der Privatnutzung steuerlich abgegolten wird. Dabei ist es egal, ob man diese Möglichkeit tatsächlich nutzt oder nicht. Man muss das Fahrzeug also auch versteuern, wenn man gar nicht privat fährt. Allerdings kann man trotzdem Steuern sparen, und zwar bei den Heimfahrten (siehe Kasten). Sobald das Fahrzeug auch nur an einem einzigen Tag pro Monat genutzt wurde, setzt das Finanzamt nämlich die volle Pauschale für die Heimfahrten an.

Mein Fahrzeug hat eine teure Sonderausstattung, wird sie zum Listenpreis hinzugerechnet?

Deutsch: Die Sonderausstattung gehört zum Wert des Fahrzeugs, wenn sie bei der Übergabe bereits in das Fahrzeug eingebaut war. Wird teures Zubehör erst nachträglich erworben, ist die Einbeziehung des Wertes umstritten.

Muss ich nach der 1-Prozent-Methode mehr versteuern, als mich das gesamte Auto wirklich kostet?

Deutsch: Nein, hier gibt es eine Kostendeckelung. Man muss maximal die tatsächlichen Aufwendungen für das Fahrzeug versteuern, also Abschreibung und laufende Kosten. Das sollte man sicherheitshalber anhand der Belege kontrollieren.

Darf ich mit einem Firmenfahrzeug, das nach der 1-Prozent-Methode versteuert wird, auch in den Urlaub fahren?

Foto: Recht & Steuern



Foto: Pitopia

„Auto geleast, Kotelett gekauft“ hieß einst ein Werbespruch für die „Ente“ – als Geschäftswagen eine preiswerte, aber eher verpönte Alternative

Deutsch: Grundsätzlich ja. Es handelt sich um eine Pauschale, mit der die gesamte Privatnutzung unabhängig von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abgegolten ist. Bei Arbeitnehmern kann dies allerdings im Arbeitsvertrag ausgeschlossen werden.

Darf ich zwischen Fahrtenbuch und 1-Prozent-Methode wechseln?

Deutsch: Man kann sich jedes Jahr neu für eine der beiden Methoden entscheiden, darf die Methode aber im laufenden Jahr nicht wechseln. Einzige Ausnahme: Wird das Fahr-

zeug im Laufe des Jahres durch ein neues Modell ersetzt, darf man auch die Methode ändern.

Muss ich für alle Fahrzeuge dieselbe Methode ansetzen, wenn ich mehrere privat genutzte Kfz im Fuhrpark habe?

Deutsch: Nein, die Methode ist für jedes einzelne Fahrzeug frei wählbar.

Muss ich in einem Fahrtenbuch auch dann dem Namen des besuchten Geschäftspartners angeben, wenn ich beispielsweise als Arzt oder Anwalt zur Verschwiegenheit verpflichtet bin?

Deutsch: Ja, die Aufzeichnungspflicht besteht trotz des Berufsgeheimnisses. Allerdings hat man die Möglichkeit, statt des vollen Namens und der Adresse die Mandantenummer oder Ähnliches einzutragen.

Was ist günstiger, Fahrtenbuch oder 1-Prozent-Methode?

Deutsch: Das hängt vom Einzelfall ab. Als Faustregel kann man sagen, dass die 1-Prozent-Methode häufig günstiger ist, wenn das Fahrzeug neu ist oder wenn die Entfernung zwischen Büro und Privatwohnung eher gering ist. Umgekehrt ist das Fahrtenbuch häufig günstiger bei preiswerten älteren Gebrauchten mit einem hohen Listenpreis oder wenn die Entfernung zwischen Büro und Privatwohnung sehr groß ist. Ist man nicht sicher, empfehle ich zunächst ein Fahrtenbuch zu führen, und erst hinterher zu entscheiden, wie man das Fahrzeug steuerlich geltend macht. Es lohnt sich, genau zu rechnen, denn im Einzelfall kann die Wahl der richtigen Methode mehrere 1000 Euro pro Jahr ausmachen.

Weitere Hinweise auf Seite 18 

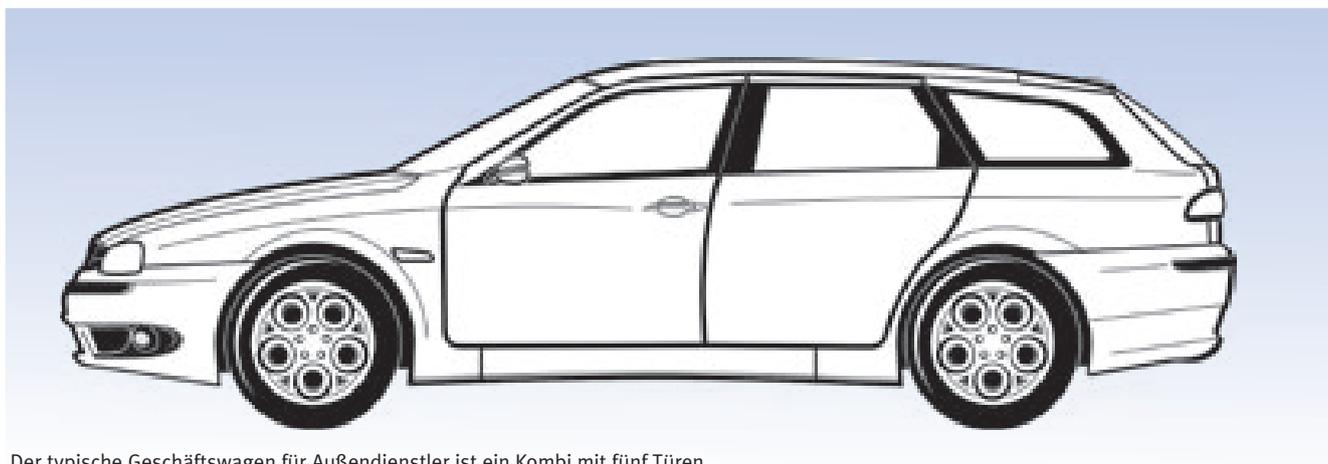


Foto: Fotolia.de

Der typische Geschäftswagen für Außendienstler ist ein Kombi mit fünf Türen

FIRMENFAHRZEUGE Was man beachten sollte

Viele Fahrzeuge werden sowohl beruflich als auch privat genutzt. Liegt die betriebliche Nutzung unter zehn Prozent, handelt es sich immer um ein Privatfahrzeug. Bei einer betrieblichen Nutzung von mehr als 50 Prozent handelt es sich grundsätzlich um ein Firmenfahrzeug. Liegt die betriebliche Nutzung zwischen zehn und 50 Prozent, kann der Unternehmer wählen, ob er es als Privatfahrzeug oder als Firmenfahrzeug einstuft.

Berufliche Fahrten mit Privatfahrzeugen können über die Kilometerpauschale von 30 Cent pro Kilometer steuerlich geltend gemacht werden. Werden umgekehrt Firmenfahrzeuge auch privat gefahren, muss der Fahrer diesen Vorteil versteuern. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten, das Fahrtenbuch oder die 1-Prozent-Methode.

Beim Fahrtenbuch müssen für jede einzelne Fahrt folgende Daten akribisch genau, zeitnah und revisionsicher erfasst werden: Kilometerstand beim Start und am Ende der Fahrt, gefahrene Kilometer, Datum, Anlass der Fahrt sowie Name und Adresse des Geschäftspartners. In der Praxis ist das sehr aufwändig und auch fehleranfällig. Entspricht das Fahrtenbuch nicht den Vorgaben des Finanzamts, kann der Sachbearbeiter es verwerfen und die Privatnutzung schätzen.

Die 1-Prozent-Methode darf erst genutzt werden, wenn das Fahrzeug zu mindestens 50 % beruflich gefahren wird. Bei dieser Methode versteuert der Fahrer ein Prozent des Listenpreises pro Monat. Außerdem muss man die Fahrten zwischen Privatwohnung und Büro versteuern, und zwar pro Entfernungskilometer mit 0,03 Prozent des Listenpreises. Damit sind alle Heimfahrten abgegolten.



Beim Fahrtenbuch müssen für jede einzelne Fahrt bestimmte Daten akribisch genau, zeitnah und revisionsicher erfasst werden

Foto: Fiat

ALFA GIULIETTA Das Kultauto 2.0



Die renovierte Alfa Giulietta ist ein schickes, sportliches und handliches Auto mit guten Verbrauchswerten und einem akzeptablen Preis

Die erst vor wenigen Jahren reanimierte Alfa Giulietta, ein Kultobjekt im roten Outfit, wurde "neu renoviert", wie man unter bewusster Inkaufnahme des Pleonasmus' in Norddeutschland gerne sagt. Die viertürige Heckklappenlimousine, moderat überarbeitet, kostet in der Turismo-Version knapp 27.000 Euro. Für einen Mittelklasse-Kleinwagen mit einer super Ausstattung, einem zwei Liter Dieselmotor mit 150 PS und unter den zahlreichen Liebhabern mit einem guten Ruf ausgestattet, ein akzeptabler Preis. Der Turbodiesel gestattet der Giulietta mit ihren 1,4 Tonnen Gewicht bei einer Länge von 4,35 und einer Breite von 1,80 m eine Beschleunigung von 8,7 Sekunden von 0 auf 100.

Sportlich, wie Alfa daherkommt, ist das Auto natürlich mit einem Sechs-Gang-Schaltgetriebe ausgestattet, an das man sich erst gewöhnen und bei dem man oder frau ein wenig mehr Kraft aufwenden muss. Für den durchschnittlichen Automatik-Fahrer eine ungewohnte sportliche Herausforderung – eben Alfa Romeo.

Der Normverbrauch wird mit fünf Litern angegeben, die zwar kaum zu erreichen sind, aber die beim Fahren gemessenen sieben Liter sind ja auch nicht schlecht. Unser Testwagen kam in einer neuen, „Bronzo“ genannten, Metallicfarbe daher und mit sehr sportlich-edlen Metallfelgen.

Neu und hervorhebenswert ist die Infotainmenteinheit mit einem Touchscreen. Sie bietet über das Radio und einen CD-/MP3-Player hinaus eine Bluetooth-Schnittstelle inklusive Sprachsteuerung, Audio-Streaming, Telefon-Freisprecheinrichtung, einen SMS-Reader für Smartphones, USB- und AUX-IN-Anschlüsse sowie selbsterklärende Menüs zur Abfrage oder Steuerung wichtiger Fahrzeugdaten und -funktionen.

G.K.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 19

Foto: Fotolia.de

OPEL INSIGNIA

Flaggschiff auf Erfolgskurs

Foto: Opel AG



Der neue Insignia von Opel kommt gut an

Mit seiner Ersteinführung 2008 wollte sich Opel auf einen Schlag aus den finanziellen Fängen seiner Konzernmutter GM befreien. Offenbar ist es gelungen, denn auch der aufpolierte neue Opel Insignia kommt an. Mit attraktiverem Styling innen wie außen, starken und effizienten Direkteinspritzer-Triebwerken, Infotainment-Technologie und einer erweiterten Modellpalette sind die Verkaufszahlen vielversprechend.

Ein Blickfang des erweiterten Insignia-Angebots ist der neue Country Tourer. Er ergänzt die Rolle des Sports Tourer als Familien- und Geschäftskombi und setzt mit markanten Fahrzeugverkleidungen, Unterfahrschutz, Allradantrieb und durchzugsstarken Turbo-Triebwerken auf Abenteuerlust.

Der Opel Insignia bietet die Wahl zwischen den drei Antriebsalternativen Benzin, Diesel und Autogas. Umwelt- und Sparsamkeits-Champion ist der Insignia 2.0 CDTI: Dank des Zweiliter-Turbodieseltriebwerks emittiert er nur noch 99 Gramm CO₂ pro Kilometer. Der Insignia ist mit dem 140 PS starken 1,4-Liter-Turbobenziner, Start/Stop-System und reibungsarmem Sechsgang-Schaltgetriebe zum Einstiegspreis von 24.545 Euro erhältlich.
G.K.

PORSCHE MACAN

Der Sportwagen unter den kompakten SUV

Der neue Macan ist zweifelsfrei der Sportwagen unter den kompakten SUV. Ausgestattet mit einigen Porsche-Genen setzt er Maßstäbe in Fahrdynamik und Fahrspaß. Und das sowohl auf befestigten Straßen als auch im Gelände. Der Macan kombiniert ein leistungsstarkes Motorenprogramm mit sportlichen Getriebe-, Fahrwerks- und Federungsattributen.

Der Macan, der gerne verglichen wird mit dem X 3 von BMW und dem AUDI Q 5, übernimmt vom Start weg die Spitzenposition in seinem Segment. Sowohl das Top-Modell Macan Turbo mit 3,6-Liter-V6-Biturbo-Motor und 400 PS (294 kW) als auch der Macan S mit einem Drei-Liter-V6-Biturbo-Motor und 340 PS (250 kW) definieren nach dem Selbstverständnis seiner Macher eine neue Leistungsklasse, die oberhalb aller Wettbewerber liegt.

Gefertigt wird der Macan „Made in Germany“ im Werk Leipzig. Das Unternehmen hat dort rund 500 Millionen Euro investiert, und den Standort zum Vollwerk ausgebaut, ausgelegt auf rund 50.000 Fahrzeuge pro Jahr. Porsche in Leipzig – das entwickelt sich zur Erfolgsgeschichte, die der Macan um ein weiteres Kapitel erweitert.
G.K.

Foto: Porsche AG



Das neue „kleine“ SUV von Porsche ist ein außergewöhnliches Auto

Sofort Leasing
einfach & schnell

Sie suchen:

- ⊕ attraktive Konditionen
- ⊕ individuelle Vertragsgestaltung
- ⊕ Leasingzusagen innerhalb 24 Std.
- ⊕ einfache Vertragsabwicklung

Ihre Lösung:

www.dr-weber-leasing.de

Dr. Weber & Partner Leasing GmbH

Friedrichsplatz 19
68165 Mannheim
Tel. 0621 / 81 60 36
Fax 0621 / 82 64 61

Mail: post@dr-weber-leasing.de



Dr. Weber Leasing

Ein Unternehmen
der Volksbank Mittweida eG





E-Mail made in Germany

„In punkto sicherer Kommunikation auf jeden Fall ein Gewinn“

Trotz NSA-Affäre ist der sichere Versand geschäftlicher E-Mails nach wie vor die große Ausnahme. Eine aktuelle Studie des Hightech-Branchenverbands BITKOM zeigt, dass zwei Drittel der Berufstätigen an ihrem Arbeitsplatz keine verschlüsselten Nachrichten verschicken können. Für die betroffenen Unternehmen kann das schwerwiegende Folgen haben. Denn nicht selten werden über das Web vertrauliche Informationen verschickt, die bei Wirtschaftsspionen oder Cyberkriminellen sehr begehrt sind.

KMU leichte Beute für Piraten

„Viele mittelständische deutsche Unternehmen sind eine leichte Beute der Netzpiraten. Sie können oft nur schlecht einschätzen, was ihre Kronjuwelen sind, wofür sich die Gegenseite interessiert“, so Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen kürzlich. Zahlreiche Firmen seien überfordert damit, sich selbst zu schützen. Maaßen: „Sie treten gegen einen übermächtigen Gegner an.“



Robert Hoffmann ist CEO der 1&1 Internet AG

Dass ein Jahr nach den ersten Berichten über großflächige Abhörmaßnahmen von Geheimdiensten immer noch nur sehr wenige Betriebe ihren elektronischen Postverkehr geschützt abwickeln, ist insofern verwunderlich, da inzwischen kein besonderes Know-how oder tieferes Technik-Verständnis zum Verschlüsseln mehr erforderlich ist. So gehören entsprechende Sicherheitseinstellungen etwa bei der Initiative „E-Mail made in Germany“ zum Standard.

Sicherheit per Mausclick

Die teilnehmenden Provider sorgen für eine automatische SSL/TLS-Verschlüsselung auf allen Übertragungswegen und garantieren, dass Daten gemäß deutschem Datenschutz in sicheren Rechenzentren gespeichert bzw. verarbeitet werden. Neben 50 Millionen deutschen Privatkunden können schon jetzt mehrere Millionen Freiberufler, Selbstständige, kleinere Unternehmen und Mittelständler davon profitieren, zum Beispiel über die Hosting-Angebote von 1&1. „Wer nach den sicheren Standards kommunizieren möchte, kann über das 1&1 Control Center per Mausclick eine oder mehrere seiner Domains für E-Mail made in Germany

aktivieren“, erklärt Robert Hoffmann, CEO der 1&1 Internet AG.

Basierend auf dieser Information werden sichere Empfänger-Adressen zur Orientierung mit einem grünen Haken versehen. „Die Nutzer wollen natürlich wissen, ob ihre E-Mails vor unbefugten Mitlesern geschützt sind“, sagt Hoffmann. „Damit sie bereits beim Schreiben erkennen können, ob ihre Nachricht verschlüsselt übertragen wird, haben wir eine Kennzeichnung beim Zugriff auf das Postfach mittels Browser oder über Mail-Apps integriert.“ Den gleichen Mechanismus verwenden die Webclients der anderen E-Mail made in Germany-Partner (siehe Grafik).

TÜV-Zertifizierung

Firmen und Behörden mit eigener E-Mail-Infrastruktur haben die Möglichkeit, sich über den TÜV Rheinland als E-Mail made in Germany-Partner zertifizieren zu lassen, um ebenfalls sicher mit Endkunden oder Geschäftsfreunden kommunizieren zu können. Als unabhängige Dritte prüfen die Experten, ob Interessierte die notwendigen technischen, organisatorischen und prozessualen Sicherheitsanforderungen der Brancheninitiative erfüllen.

www.e-mail-made-in-germany.de





Foto: Clipdealer

Ohne Einwilligung des Verbrauchers keine Telefonwerbung

Grenzen der Telefonwerbung

Mit Urteil des Landgerichts Düsseldorf vom 19. Juli 2013 verbot das Gericht dem Telekommunikationsanbieter Vodafone, Bestandskunden ohne deren Einwilligung anrufen zu lassen, um für den Abschluss von Festnetzverträgen zu werben. Derartige Telefonwerbung stellt sich aus wettbewerbsrechtlicher Sicht problematisch dar. § 7 Abs. 1 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) verbietet geschäftliche Handlungen, durch die ein Marktteilnehmer unzumutbar belästigt wird, was insbesondere für Werbung gilt, wenn der Marktteilnehmer diese Werbung erkennbar nicht wünscht, so Rechtsanwalt Manfred Wagner (Saarbrücken).

Dabei soll gem. § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG eine unzumutbare Belästigung stets anzunehmen sein, wenn gegenüber einem Verbraucher durch einen Telefonanruf geworben wird, ohne dass der Verbraucher ausdrücklich hierin eingewilligt hat.

Unter der erforderlichen „Einwilligung“ ist die vorherige Zustimmung des Verbrauchers zu etwaigen Werbeanrufen zu verstehen. Die Einwilligung kann zum Beispiel im Rahmen eines Vertrags erteilt werden oder in der Weise, dass dem Verbraucher die Einwilligungserklärung in Form einer Allgemeinen Geschäftsbedingung vorgelegt wird.

Unabdingbare Voraussetzung ist des Weiteren, dass die Einwilligung des Verbrauchers in künftige Telefonwerbung ausdrücklich erfolgt. Die Angabe der Telefonnummer in einem Bestellformular langt jedenfalls nicht. Liegen die Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung durch den Verbraucher nicht vor, sind Anrufe zu Werbezwecken unzulässig.



Foto: Pixelio.de

Stetiger Streitfall mit dem Finanzamt. Das häusliche Arbeitszimmer

Der Fiskus und das Arbeitszimmer

Zeit der Steuererklärungen: dabei immer ein Thema ist das häusliche Arbeitszimmer. Wer die Kosten dafür steuerlich absetzen will, kann das meist nur in begrenztem Rahmen, erläutert Rechtsanwalt Alexander Littich und Julia Hanke (Landshut).

Es ist oft schwer, festzustellen, ob es sich um ein häusliches Arbeitszimmer handelt. Man unterscheidet hier drei Fallgruppen, die schon sehr viel Realität abdecken:

- ▶ Wer einen externen Arbeitsplatz etwa in Form eines Büros hat, kann die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nicht als abzugsfähige Betriebsausgaben geltend machen und auch nicht als Werbungskosten ansetzen.
- ▶ Besteht für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz, sind maximal 1.250 Euro abziehbar.
- ▶ Wenn das Arbeitszimmer der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit ist, dann sind die Kosten unbegrenzt abziehbar. Das gilt oft bei Freiberuflern und Selbstständigen.

„Nach diesen drei Grundkriterien lassen sich im wesentlichen die meisten Fälle einstufen“, so die Experten. Für gemischt genutzte Arbeitszimmer liegt derzeit ein gar nicht so seltener Fall dem Bundesfinanzhof zur Entscheidung vor. Es geht um die Aufteilung der Kosten entsprechend der jeweiligen Nutzung. Der IX. Senat des Bundesfinanzhofs hält eine solche Aufteilung für möglich und hat diese Rechtsfragen dem Großen Senat zur Entscheidung vorgelegt (BFH, Beschluss v. 21.11.2013 - IX R 23/12). „Auf das Urteil dürfen wir gespannt sein.“

Blaumachen hat im Sommer Hochsaison

Fingierte Krankschreibungen im Urlaub belasten Unternehmen



Wer sich bei Aktivitäten erwischen lässt, die seiner Arbeitsunfähigkeit widersprechen, riskiert die Kündigung

Urlaub ist etwas Wunderbares, ist aber regelmäßig viel zu schnell vorbei. Ein scheinbar cleverer Trick, damit sich das Urlaubskonto weniger schnell leert, ist eine vorgetäuschte Erkrankung: Wer ein paar Tage Grippe vortäuscht, bekommt die Urlaubstage nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz wieder gutgeschrieben. So einfach, so schlecht – denn auch diese besonders schwer nachweisbare Variante des Lohnfortzahlungsbetrugs ist eine Straftat. Wie Arbeitgeber deshalb mit einem begründeten Verdacht umgehen sollten und wie sie sich vor Blaumachern im Urlaub schützen können, weiß Jochen Meismann, Geschäftsführer der Detektei A Plus, aus jahrelanger Erfahrung.

Wer täuscht, der fliegt

Es ist ausgesprochen ärgerlich, wenn eine Erkrankung die Urlaubspläne zunichte macht. Immerhin aber gehen die freien Tage, an denen ein Arbeitnehmer das Bett

hüten muss, nicht verloren. „Praktisch ist es so, dass der Urlaub mit der Krankschreibung endet. Anders gesagt: Wer sich gleich ein Attest besorgt, kann die Tage später nachholen“, erklärt Meismann. Diese Regelung empfinden manche Mitarbeiter als Einladung, ihr Urlaubskonto durch eine fingierte Krankschreibung aufzubessern. Ein Unrechtsbewusstsein fehlt den Blaumachern meist: Wie eine nicht repräsentative Umfrage kurz vor der WM ergab, wollten allein während der Fußball-Weltmeisterschaft rund 1,4 Millionen Arbeitnehmer vorsätzlich krankfeiern. Im Schnitt plant man sie, zwei Tage blauzumachen. Dies entspricht einem wirtschaftlichen Schaden von rund einer halben Milliarde Euro. Wenn der Arbeitgeber eine vorgetäuschte Krankmeldung nachweisen kann, darf er dem Schwindler sofort fristlos kündigen.

Krank am Strand

Allerdings liegt die Beweislast auf Seiten des Unternehmens. Doch dies ist noch lange kein Grund, Blaumachern freie Bahn zu lassen. Wichtig ist, darauf zu achten, dass der Mitarbeiter seine Pflichten erfüllt: Wer im Urlaub erkrankt, muss den Arbeitgeber sofort und auf dem schnellst möglichen Weg von der Krankheit und ihrer voraussichtlichen Dauer unterrichten. Er sollte auch eine Kontaktadresse am Ferienort hinterlassen. Ab dem vierten Tag ist er verpflichtet, ein Attest einzureichen – er kann es aus dem Urlaub faxen oder mailen. Der Arbeitgeber hat sogar das Recht, ab dem ersten Tag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu fordern.

Ein Problem für den Chef ist oft: Als Laie fehlen ihm die Mittel, die Angaben auf dem Attest zu überprüfen. In den Ferien lassen sich Angestellte besonders leicht dazu verleiten, Extra-Freizeit zu erschwindeln. Generell gilt: Wer sich bei Aktivitäten erwischen lässt, die seiner Arbeitsunfähigkeit widersprechen, riskiert die Kündigung. Ein effektives Mittel, um Betrügern das Handwerk zu legen, ist daher ein fachgerechter Observationseinsatz. Hierbei beobachten Detektive den Mitarbeiter diskret, um zu ermitteln, wie plausibel seine Krankmeldung ist. Ein bundesweit agierender Dienstleister ist ohne Weiteres in der Lage, den Urlauber auch in den Alpen oder an der Ostsee zu observieren. Arbeitsunfähigkeit bedeutet zwar nicht zwangsläufig Bettruhe. Aber wenn sich herausstellt, dass sich der angeblich Kranke den ganzen Tag in den Bergen oder am Strand vergnügt hat, helfen ihm keine Ausflüchte mehr.

Foto: pixelio.de

„Es grünt so grün“

OLG Karlsruhe;

Urteil vom 18.12.2013; 13 U 162/12

Nicht nur die Partei „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ ist grün. Dies hat jetzt das Oberlandesgericht Karlsruhe in einem Urteil festgestellt. Es kann und darf auch andere „grüne“ Vereinigungen geben.

Es ging um einen Namensrechtsstreit. Der Landesverband Baden-Württemberg von „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ hat gegen eine Wählervereinigung geklagt, die sich „Grüne Alternative Freiburg“ nennt. Der Landesverband verlangte, dass diese Wählervereinigung die Worte „Grüne“ oder „Grün“ nicht mehr als Namensbestandteil führen darf. Diesen Antrag hat das Oberlandesgericht abgelehnt.

Das Oberlandesgericht musste dabei das Parteiengesetz prüfen. Es hat festgestellt, dass sich der Name der Wählervereinigung im Rechtssinne deutlich von dem Namen der Bundespartei unterscheidet. Ein Unterlassungsanspruch ist daher nicht gerechtfertigt. Schon der Name „Grüne Alternative Freiburg“ weist darauf hin, dass es sich um eine Alternative zu dem Landesverband von „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ handeln soll. Nach allgemeinem Wortverständnis kann nicht auf eine Zugehörigkeit oder organisatorische Verbundenheit zu dem Landesverband der Partei geschlossen werden.

Das Oberlandesgericht hat darüber hinaus festgestellt, dass die Begriffe „grün“ oder „GRÜNE“ kein Monopol der Partei „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ sind. So würde nicht nur diese Partei „grüne“ politische Interessen im Sinne von Umwelt- oder Nachhaltigkeitsanliegen vertreten. Auch stehen die „GRÜNEN“ nicht allein für das ge-

samte Spektrum der Umweltbewegung. Schließlich wird aus der Namenszusammensetzung der Wählervereinigung deutlich, dass sie lokal auf eine Stadt beschränkt ist.

Schließlich gibt auch das Bürgerliche Gesetzbuch der grünen Landespartei keine Möglichkeit, eine Unterlassung zu verlangen. Das Oberlandesgericht kommt im Ergebnis dazu, dass eine Übereinstimmung in Klang, Schriftbild oder Sinngehalt nicht besteht. Die klagende Landespartei muss nicht befürchten, dass die lokale Wählerschaft personelle oder organisatorische Zusammenhänge zwischen der grünen Wählervereinigung und der grünen Partei vermutet.



Foto: Bündnis 90/ Die Grünen

Kein Monopol auf Grün

Kein Streikaufruf per Dienstmil

BAG; Beschluss vom 15.10.2013;
1 ABR 31/12

In vielen Firmen verfügt inzwischen jeder Schreibtisch-Arbeitsplatz über einen eigenen Rechner mit dazugehörigem Internetzugang. Viele Mitarbeiter haben personalisierte Email-Adressen. Und damit kann es viel Ärger geben.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschied, dass es einem Betriebsratsmitglied nicht zusteht, über den personalisierten Email-Account der Firma einen Streikaufruf der Gewerkschaft ver.di zu verbreiten. Die Firma hatte in ihren Firmenrichtlinien festgelegt, dass

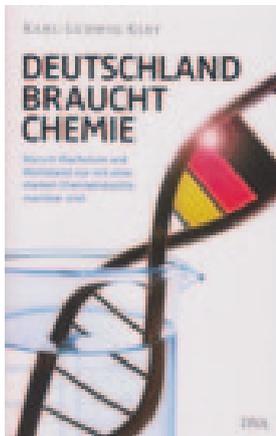
das Email-System nur für dienstliche Belange genutzt werden darf.

Nach Rechtsauffassung des BAG hat der Arbeitgeber wegen des Aufrufs per Email einen Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB gegen den Arbeitnehmer. Der Streikaufruf ist dem privaten Lebensbereich des Arbeitnehmers zuzuordnen. Nutzt er dafür Betriebsmittel, verletzt er das Eigentumsrecht des Arbeitgebers an diesen Betriebsmitteln. Eine Duldungspflicht hat der Arbeitgeber nicht. Die Arbeitnehmerschaft hat vielfältige Möglichkeiten, für ihre Interessen und einen Streik zu werben. Der Arbeitnehmer ist dafür nicht zwingend auf die Nutzung eines betrieblichen E-Mail-Anschlusses angewiesen.

Praxis-Tipp: Der Arbeitgeber sollte ganz klare betriebliche Anweisungen erteilen, zu welchen Zwecken die Mitarbeiter den Internetanschluss und insbesondere den Email-Account nutzen dürfen. Nur so können die Betriebe sich und auch ihren Mitarbeitern viel Ärger ersparen. Bei der richtigen Formulierung und Dokumentation dieser Betriebsanweisung können Fachanwälte für Arbeitsrecht behilflich sein.



Foto: Ptiopia



Deutschland braucht Chemie
Karl-Ludwig Kley
Geb., 144 S., 16,99 Euro
ISBN 978-3-421-04660-4
DVA Sachbuch

„Alles ist Chemie – ohne Chemie ist alles nichts“, sagt der Autor, im Hauptberuf Chef des Chemieunternehmens Merck und Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie. Kley beklagt die realitätsferne Einstellung vieler Deutscher gegenüber dem drittgrößten deutschen Industriezweig, denn kaum eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts sei ohne die industrielle Chemie zu bewältigen. Für besonders eilige Leser hat der Autor am Ende jedes Kapitels die wichtigsten Thesen zusammengestellt.

Mit Goethe durch das Jahr 2015

Brosch., 144 S., 7,99 Euro
ISBN 978-3-411-16039-6
Artemis & Winkler

Für den 1. Januar 2015 notiert das Büchlein das folgende Zitat aus einem der Werke Goethes: „Geht es doch unseren Vorsätzen wie unseren Wünschen: Sie sehen sich gar nicht mehr ähnlich, wenn sie ausgeführt, wenn sie erfüllt sind, und wir glauben nichts getan, nichts erlangt zu haben“. Und unter dem 31.12. heißt es: „Uns ist ganz kannibalisch wohl, als wie fünfhundert Säuen.“



Jetzt sind Sie Unternehmer
224 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-7093-0543-0
Linde Verlag

Der Businessplan ist festgeschrieben, die Gründungsformalitäten erledigt, die Förderung bewilligt. Und jetzt? Ab dann stehen frisch gebackene Unternehmer vor völlig neuen Herausforderungen. Eine Fülle von Aufgaben wartet, denen sich der Selbstständige plötzlich ganz alleine gegenüber sieht, denn Hilfe von außen ist teuer. Die Vorschläge in diesem Ratgeberbuch sind praxisbewährt, gut umsetzbar und steuern den Gründer mit einfachen Mitteln durch die erste Zeit.

Vorbilder für Deutschland

Geb., 142 S., 21,90 Euro
ISBN 978-3-86774-271-9
Murrmann Verlag

„Es sind nicht die Konzerne, die für Stabilität in der Wirtschaft sorgen, sondern vor allem mittelständische Unternehmen. Insgesamt 90 Prozent der deutschen Unternehmen sind in Familienhand“, schreiben die Herausgeber in ihrem Vorwort und sind sich des Beifalls im Mittelstand sicher. So versammelt das Buch Porträts und Interviews der Preisträger „Familienunternehmer des Jahres“ aus den vergangenen zehn Jahren. Darunter klangvolle Namen wie Trumpf, Wacker Chemie und Schaeffler.

Das Ende des Projektmanagements

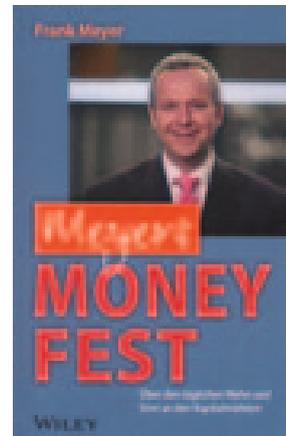
186 S., 24,90 Euro
ISBN 978-3-7093-0509-6
Linde Verlag

Projekte erreichen selten ihr komplettes Ziel: Sie dauern zu lange, sprengen das Budget oder bieten nicht die versprochene Qualität. Viele Führungskräfte haben sich vom Projektmanagement der alten Schule verabschiedet. Sie arbeiten schneller, vernetzter, mobiler und erfolgreicher. In diesem Buch erfahren wir, warum wir das Projektmanagement neu denken sollen und was wir von der Generation Y lernen können.



Existenzgründung
Kart., 254 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-406-65529-6
Verlag C.H. Beck

Das Buch ist ein hilfreicher Ratgeber für alle, die konkrete Gründungspläne haben. Viele dieser Menschen haben bereits Informationen von Freunden und Bekannten, den Handwerkskammern oder der IHK in Händen. Was fehlt, sind Hilfen bei der ganz konkreten Umsetzung ihres Vorhabens. So orientiert sich die Gliederung des Buches an der Reihenfolge, in der die Dinge im Rahmen der Gründung bearbeitet werden sollen.



Money Fest
Frank Meyer
Geb., 240 S. 19,99 Euro
ISBN 978-3-527-50754-2
Wiley Verlag

Der TV-Journalist Frank Meyer räumt in diesem Buch mit der vermeintlichen Kompliziertheit von Geldanlagen auf. Er nimmt dem Leser in humorvoller Weise die Angst vor den „Herausforderungen“ und erklärt das angeblich hochkomplexe Thema Geld verständlich und einfach. Für ihn sind Information und Transparenz der beste Schutz vor Unwissenheit und falschen Entscheidungen in Sachen Geldanlage.

Steuerbremse statt Leistungsbremse

Wirtschaftsflügel: Weg mit der kalten Progression

Der Wirtschaftsflügel der CDU/ CSU tritt seit langem für die Abschaffung der kalten Progression im Steuertarif ein und lässt sich auch durch die ablehnende Haltung der Kanzlerin und des Bundesfinanzministers nicht von seiner Linie abbringen. Im Gegenteil: die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union und ihr Bundesvorsitzender, der Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann, machen gerade innerhalb der CDU mobil. Ihr Ziel ist es, beim nächsten CDU-Parteitag im Dezember einen Antrag durchzubringen, der die Abschaffung der kalten Progression fordert. Die MIT nennt dies schlicht „Steuerbremse“. Sie soll spätestens zum 1. Januar 2017 in Kraft treten und dürfe nicht durch Steuererhöhungen an anderer Stelle kompensiert werden. Die

CDU hat sich zu ihrer Abschaffung zwar in vielen Beschlüssen und Programmen verpflichtet, im aktuellen Koalitionsvertrag jedoch ist sie nicht enthalten.

Carsten Linnemann: „1958 zahlte ein Bürger den Spitzensteuersatz erst, wenn er das Zwanzigfache des Durchschnitts verdient, heute schon beim 1,3fachen!“ Der Grund liegt darin, dass das Steuersystem Lohn- und Gehaltserhöhungen, die beispielsweise nur die Inflation ausgleichen, nicht berücksichtigt. Der progressive, steigende Steuertarif führt dazu, dass die Steuerlast mit jeder Gehaltsanpassung steigt, den Arbeitnehmern aber wegen der gestiegenen Preise trotzdem nicht mehr Kaufkraft zur Verfügung steht.



Foto: Pliopia

Steuerspartipps vom Pffikus

Verkauf eines Miethauses vorteilhafter für die Kinder als Schenkung

Ertragsteuerlich muss ein beschenktes Kind die Abschreibungen fortführen. Niedrige Abschreibungen eines alten Gebäudes führen bei entsprechendem Einkommen zu höherer Steuerbelastung. Wird ein Mietwohnhaus verkauft, sind die Anschaffungskosten beim Käufer auf Grund und Boden und die abschreibungsfähige Gebäudesubstanz zu verteilen. Hielten Eltern die Immobilie mehr als zehn Jahre im Privatvermögen, entsteht bei ihnen kein Spekulationsgewinn. Aus dem höheren Gebäudewert werden dem Kind als Käufer höhere Abschreibungen verschafft, die einen Teil der Mieteinnahmen von Ertragsteuern freistellen. Die Vereinbarungen sollten klar, eindeutig, formgültig und zu Konditionen wie zwischen fremden Dritten abgeschlossen werden. Die Eltern sichern sich durch Grundpfandrecht, Darlehensvertrag und ein Gutachten eines vereidigten Sachverständigen ab.

Nach einigen Jahren verzichten die Eltern ohne rechtliche Verpflichtung auf einen Teil ihres Darlehens. Bis zu 400.000 Euro je Elternteil und Kind sind in einem Zehnjahreszeitraum frei von Schenkungsteuer.

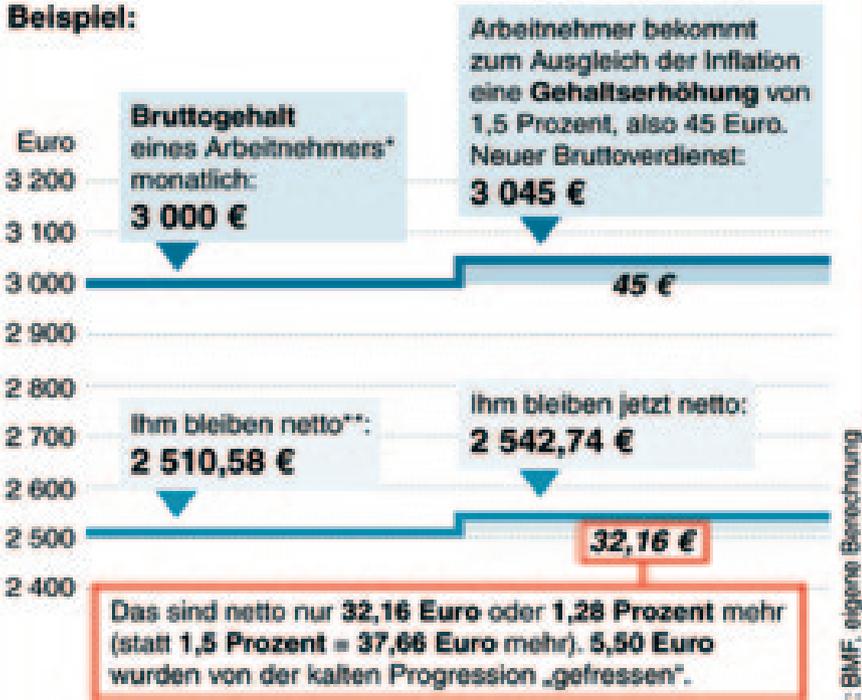
www.steuerberaterpfeifer.de

Die „kalte Progression“

Problem:

Durch den progressiven (= ansteigenden) Einkommensteuer-Tarif wird für jeden zusätzlich verdienten Euro ein höherer Steuersatz fällig.

Beispiel:



* ledig. keine Kinder

** nach Abzug von Einkommensteuer und Soli, ohne Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen Stand 2013

MIT-Steuerbremse muss kommen!

Die bundesweit angelegte MIT-Kampagne zur Einführung einer Steuerbremse hat sich mittlerweile zu einer breiten Basisbewegung innerhalb der MIT und der Union entwickelt. Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann MdB erhält aus allen Teilen der Republik Zuspruch zu seinem Modell für mehr Steuerehrlichkeit.

Stimmen aus der MIT

Norbert Nettekoven,
Kreisvorsitzender Rhein-Sieg



Ich will, dass Einkommens- und Lohn-erhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr automatisch von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden.

Hermann Kühnapfel,
Landesvorsitzender Brandenburg



Zukünftige Einnahmen über die heimliche Steuererhöhung durch die kalte Progression stehen dem Staat nicht zu, somit kann ihm auch nichts weggenommen werden. „Mehr NETTO vom BRUTTO“ - CDU muss glaubwürdig bleiben.

Dr. Markus Reichel,
Landesvorsitzender Sachsen



Die Steuerbremse ist eine herausragende ordnungspolitische Initiative der MIT. Es ist eigentlich unglaublich, dass es hier so viel Widerstand gibt - eigentlich muss es doch selbstverständlich sein, dass die „Kalten Progression“ abgeschafft wird.

Dr. Sandra Schnarrenberger,
Kreisvorsitzende Neu-Ulm



Leistung muss belohnt werden können. Wenn ein Arbeitnehmer mehr Lohn erhält, darf die Erhöhung nicht zum Fiskus wandern, sondern muss bei dem Leistungserbringer bleiben.

Heiko Eibenstein,
Kreisvorsitzender Wilhelmshaven



Fast jährlich erhöhen sich die Rekordstände bei den Steuereinnahmen. Bis 2018 erwartet der Staat 120 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen. Und da soll kein Geld da sein, um die kalte Progression abzuschaffen?

Bernhard Bachmann,
Kreisvorsitzender Rheingau-Taunus



Die Union hat sich mehrfach zur Abschaffung der kalten Progression verpflichtet. Kleine und mittlere Einkommen werden unverhältnismäßig belastet. Die MIT setzt sich daher dafür ein, diese Form der heimlichen Steuererhöhung zu beseitigen, denn wir stehen jetzt im Wort: Keine Steuererhöhungen.

Benno Lensdorf,
Kreisvorsitzender Duisburg



Die MIT-Steuerbremse ist das richtige Modell, weil sie einen Automatismus einführt. Wir brauchen keine Einmal-Aktionen, wir müssen diese Steuerungerechtigkeit dauerhaft beseitigen.

Ute Claus,
Buxtehude



Ich unterstütze das Konzept der Steuerbremse, weil damit endlich der ungewollte Effekt der kalten Progression in unserem Steuersystem abgeschafft wird.

Rolf Buttkus,
Bezirksvorsitzender Nordbaden



Die Union darf sich nicht nur darauf beschränken, SPD-Vorschläge abzumildern oder umzusetzen. Wenn wir als eigenständige Partei wahrgenommen werden wollen, müssen wir z. B. mit der „Steuerbremse“ eigene Akzente setzen.

Berthold Jost,
Landesgeschäftsführer Hessen



Es gibt eine breite Mehrheit der Parteien der Großen Koalition in Bundestag und Bundesrat. Diese Chance muss genutzt und die Steuerbremse muss noch in dieser Wahlperiode eingeführt werden.

Ludger Konrad,
Kreisvorsitzender Borken



Die heimliche Steuererhöhung durch die kalte Progression ist ungerecht. Wir müssen den Steuerzahlern zurückgeben, was ihnen gehört.

Peter Luths,
Kreisvorsitzender Lüneburg



Die Union hat sich in vielen Beschlüssen und Wahlprogrammen zur Abschaffung der kalten Progression verpflichtet. Es gilt nun, Wort zu halten und zu handeln.

Bernd Wegner,
Landesvorsitzender Saarland



Wenn wir die „Steuerbremse“ durchsetzen und die Steuerrate dauerhaft und automatisch an die Inflation anpassen, würden wir Steuergeschichte schreiben. Dieser Erfolg wäre dann unbestreitbar mit der MIT verbunden.“

Peter Erl,
Bezirksvorsitzender MU Niederbayern



Die heimliche Steuererhöhung durch die kalte Progression führt dazu, dass vielen Steuerzahlern unter dem Strich weniger Kaufkraft als im Jahr vor der Lohnerhöhung bleibt.

Klaus-Dieter Leßmann,
Kreisvorsitzender Hörter



Der Staat muss endlich lernen, Ausgaben in den Griff zu bekommen, denn wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Von daher möchte ich, dass Lohnerhöhungen auch spürbar bei meinen Mitarbeitern ankommen.

Matthias Klein,
Bundesvorstand



Automatische Steuererhöhungen sind ein Skandal, den es künftig nicht mehr geben darf. Die jährliche Steuererhöhung durch die kalte Progression ist eine ungerechtfertigte Enteignung der Leistungsträger.

Irmgard Lohmann,
Kreisvorsitzende MIT Hameln-Pyrmont



Mit der Steuerbremse können wir den übermäßigen Griff des Staates in den Geldbeutel seiner Bürger stoppen. Deshalb unterstütze ich den Vorstoß der MIT.

Monika Kammeier,
Kreisvorsitzende Bielefeld



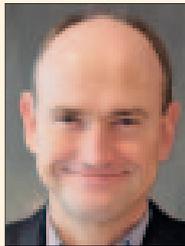
Wenn Leistung in Deutschland bestraft wird, werden zunehmend Fachkräfte abwandern. Lasst den Worten endlich Taten folgen! Wirtschaftlicher Erfolg durch finanzielle Anerkennung des Fleißigen.

Martin Braun,
Kreisvorsitzender Freiburg



Lohnerhöhungen müssen dort ankommen, wo sie erwirtschaftet werden: beim Angestellten. Die kalte Progression verhindert die Würdigung von Leistung in Unternehmen. Auf diese Leistungsträger ist unsere Wirtschaft angewiesen.

Friedhelm Koch,
Paderborn



Wir brauchen eine Kehrtwende in den Köpfen der politischen Verantwortungsträger. Der Staat muss lernen, mit dem auszukommen, was er hat und was ihm zusteht.

Kai Stadie,
Kreisvorsitzender Bremen-Stadt



Ich bin für die Steuerbremse, weil es keine Steuererhöhungen mit der CDU geben sollte. Dieses muss auch und gerade für heimliche Erhöhungen zulasten des Mittelstands gelten.

Rolf Delhougne,
Kreisvorsitzender Dören



Natürlich muss die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund stehen. Aber sobald sich neue finanzielle Spielräume auftun, müssen sie zur Beseitigung der kalten Progression verwendet werden.

Gereon Haumann,
Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz



Wir dürfen die wachsenden Steuereinnahmen nicht immer nur für neue Ausgaben des Staates verwenden. Wir müssen auch die, die mit ihrer Arbeit für die Steuerkraft unseres Landes sorgen, entlasten.

Frank Hoffmann,
Bezirksvorsitzender Trier



Vor allem Bundesländer wie Rheinland-Pfalz müssen sich jetzt bewegen und ihre Forderung nach Kompensation von möglichen Mindereinnahmen durch den Bund fallen lassen.

Lucas Spiegel,
Bezirksvorsitzender Rheinhessen



Die verfügbaren Einkommen der Mitarbeiter unserer Betriebe sollten nicht nur die Inflation ausgleichen, sondern auch Teilhabe am Wachstum der Wirtschaft ermöglichen.

Heinz-Peter Mertens,
Bezirksvorsitzender Koblenz-Montabaur



Im Progressionsbereich fallen neben der Steuer Sozialabgaben an, die dazu führen, dass Gehaltserhöhungen durch Sozialabgaben einerseits und einem erhöhten Steuersatz geschmälert werden.

Anette Köhler,
Kreisvorsitzende Saalfeld-Rudolstadt



Die aktuelle Debatte in der Öffentlichkeit zeigt, dass die MIT den Menschen aus der Seele spricht. Die Kalte Progression ist eine Ungerechtigkeit, die rasch beseitigt werden muss.

ISTANBUL

Orient, öffne dich!

Wo beginnt das Morgenland, wo endet das Abendland? Die Brückenstadt am Bosphorus verknüpft die Kulturen Europas und Asiens und lockt mit so manchem Juwel, das der Metropole auf zwei Kontinenten eine überwältigende Strahlkraft verleiht. Wer Istanbul jedoch für angestaubt hält, der wird sich mehr als wundern; denn neben den Märchen aus Tausendundeiner Nacht zeigt sich die glitzernde Schöne als kosmopolitisch, trendig und hip!



1. Tag: Flug nach Istanbul

Im Laufe des Vormittags individuelle Rail & Fly-Bahnreise (im Reisepreis enthalten) von jedem deutschen Bahnhof zum Flughafen. Mittags Linienflug mit Turkish Airlines nonstop nach Istanbul. Nach Landung am Atatürk-Flughafen Transfer entlang der byzantinischen Landmauer am Marmarameer und über das Goldene Horn zum sehr guten Hotel „Hilton ParkSA“ in der Neustadt. Nach der Begrüßung mit „Hos geldiniz“ und einem Glas eisgekühlten Raki abends erster Spaziergang mit Ihrem Scout durch die modernen Viertel rund um Ihr Hotel. Vielleicht kosten Sie ja auch schon mal Speisen wie Köfte und Kumpir oder eine Spezialität wie „Der Imam fiel in Ohnmacht“ oder „Wesirfinger“?

2. Tag: Moschee und Mokka

Freizeit in Istanbul oder Programm (gegen Mehrpreis, Ausflugspaket) mit Spaziergang über das Hippodrom, wo der Kaiser von Konstantinopel einst die Pferderennen von seiner Loge aus genossen hat, bis zum Ägyptischen Obelisken. Mit der Hagia Sophia folgt das Meisterstück des alten Byzanz: einst größte Kirche der Christenheit, dann Moschee, heute Museum. Zum Entdecken der Mosaikkunst vom Feinsten gilt es, die Empore zu erklimmen! Nach dieser Anstrengung stärken Sie sich im Spoliengarten mit dem berühmten Haselnussgebäck und türkischem Tee. Dann heißt es: Alle Mann an Bord! Mit einem Fährschiff schippern Sie gemütlich über den Bosphorus und blicken von Asien aus hinüber zum Topkapi-Palast ... jetzt sogar mit dem Mädchenturm im Vordergrund. Abseits der Touristenströme bummeln Sie durch den Stadtteil Kadıköy. Nach einem echten türkischen Mokka geht es von Haydarpasa, Kopfbahnhof und Ausgangspunkt der Anatolischen Eisenbahn, über die Bagdat Caddesi, die längste Einkaufsmeile der Stadt. Nach der Rückkunft im Hotel lockt ja vielleicht eine Schaummassage mit Durchkneten in einem traditionellen türkischen Bad. Einer der Istanbuler Hamams befindet sich auch in der Nähe Ihres Hotels. Ihr Scout hilft Ihnen gern!

3. Tag: „Zu Gast beim Sultan“

Tag zur freien Verfügung. Auf einem Ausflug (gegen Mehrpreis, Ausflugspaket) lüftet Ihr Scout den Schleier von der Märchenwelt des Orients: Im Topkapi-Saray, dem Palast der osmanischen Sultane, öffnet sich Ihnen von der Schatzkammer bis zu den endlosen

Räumen des Harems eine geheimnisvolle Welt! Spannende Geschichten von Intrigen, Haremsdamen und Sultanen werden lebendig und vom Palast aus genießen Sie den herrlichen Blick auf den Bosphorus, bevor Sie dann in die engen Gassen des kuppelüberdachten Großen Basars eintauchen. Hier tanken Sie in einem historischen Kaffeehaus die notwendige Energie mit dem Orchideengetränk Sahlep ... natürlich mit viel Zimt. Weiter geht es zum Spaziergang im Stadtteil Pera – hier schlägt Tag und Nacht das Herz der Stadt: Jugendstilhäuser, Nostalgiebahn, Treffpunkt der Biergenießer, Cicek-Passage und das Haus von Franz Liszt. Vielleicht locken ja auch die Spezialitäten des Halvameisters Koska oder die Süßspeisen von Ali Muhiddin Haci Bekir, Lieferant des Sultans und der britischen Königin!

4. Tag: Orient live!

Im Ägyptischen Basar schwelgen Sie am Vormittag in Farben und Düften:

MARCO POLO LIVE

Hier entdecken Sie auf einer „Gewürzjagd für die Nase“ neben türkischem Honig und duftenden Kaffeebohnen auch eine Vielzahl orientalischer Kräuter und Gewürze wie Safran, Minze, Salbei, Ingwer und Kümmel an den zahllosen Ständen. Und natürlich können Sie dabei nicht nur riechen oder probieren, sondern bekommen von einem einheimischen Gewürzkenner auch die richtigen Hinweise und Tipps. Beim anschließenden Besuch einer Manufaktur in der Altstadt wird schnell klar, warum Teppiche in der Türkei „gewebte Träume“ sind – schon erstaunlich, welche Muster und Farben von flinken Händen in die Teppiche aus Wolle, Baumwolle oder Seide geknüpft werden. Danach betreten Sie die überirdisch schöne Sultan-Ahmet-Moschee, die ihren Namen „Blaue Moschee“ den wunderschönen Fayencen verdankt, und in deren riesigem Gebetsraum Papst Benedikt XVI. für Religionsfrieden geworben und gebetet hat. Anschließend Freizeit für den Rest des Tages. Möchten Sie an der alten osmanischen Kanonengießerei noch eine Wasserpeife rauchen, wäre Ihnen ein Besuch im Museum „Istanbul Modern“ lieber oder zieht es Sie auf einen türkischen Kaffee ins „Grand Hotel de Londres“, wo einst Ernest Hemingway logierte? Auch für Leckereien à la turque bleibt noch genügend Zeit: Am besten lassen Sie sich von Ihrem Scout beraten.

5. Tag: Güle, güle!

Transfer vom Hotel zum Flughafen und um die Mittagszeit Rückflug mit Turkish Airlines von Istanbul nach Deutschland. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.

Flug

Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit Turkish Airlines (Buchungsklasse G und V) ab/bis: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg, Stuttgart.

Je nach Verfügbarkeit der angegebenen Buchungsklasse Aufpreis möglich (siehe www.agb-mp.com/flug).

Reisepapiere und Gesundheit

Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben.

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mar	Apr	Mai	Juni
Istanbul	19	14	10	08	08	10	16	20	25

Hotel

Das moderne „Hilton ParkSA“ der renommierten Hilton-Hotelkette liegt im angesagten neuen Teil Istanbul in unmittelbarer Nähe des schicken Einkaufsviertels Nisantasi. Das zentral gelegene Hotel ist idealer Ausgangspunkt für Ihre Stadtbesichtigungen. Im obersten Stockwerk sorgen das Restaurant „Cloud 7“ mit türkischer und internationaler Küche sowie eine stilvolle Rooftop-Bar für das leibliche Wohl und für einen herrlichen Blick über den Bosphorus. Für sportlich Aktive steht ein Fitnesszentrum zur Verfügung. Die 119 modern eingerichteten Zimmer bieten Bad oder Dusche und WC mit Föhn, Klimaanlage, LCD-Sat.-TV, Minibar, kostenlose Tee- und Kaffeezubereitungsmöglichkeit und zwei Flaschen Mineralwasser pro Tag. Auf Wunsch wird Ihnen Bügelbrett und -eisen aufs Zimmer gebracht (ohne Gebühr). Im Businesscenter des Hotels haben Sie 30 Minuten kostenlosen Internetzugang.



Reisepreis in Euro pro Person

Termine 2014 / 5 Reisetage		
Mittwoch–Sonntag	DZ	EZ-Zuschlag
29.10.–02.11.2014	599	239
05.11.–09.11.2014	559	239
12.11.–16.11.2014	539	219
19.11.–23.11.2014	539	219
03.12.–07.12.2014	469	169
10.12.–14.12.2014	459	169
31.12.–04.01.2015	669	269
Samstag–Mittwoch		
DZ	EZ-Zuschlag	
25.10.–29.10.2014	599	239
01.11.–05.11.2014	559	239
08.11.–12.11.2014	559	239
15.11.–19.11.2014	539	219
22.11.–26.11.2014	539	219
29.11.–03.12.2014	539	219
13.12.–17.12.2014	459	169

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance: z. B. den Reiserücktrittschutz oder das Vollschutz-Paket, bei dem u. a. zusätzlich eine Reise-Krankenversicherung inkl. eines medizinisch sinnvollen Kranken-Rücktransports enthalten ist. Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer Reisebestätigung oder unter www.agb-mp.com/versicherung.

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

5 Reisetage ab €399,-

- Glitzernde Schöne am Bosphorus
- Europäische Trendstadt ...
- ... mit orientalischem Lifestyle
- Logis im Hotel „HILTON ParkSA“
- Linienflüge mit TURKISH AIRLINES

Reisepreis in Euro pro Person

Termine 2015 / 5 Reisetage		
Mittwoch–Sonntag	DZ	EZ-Zuschlag
14.01.–18.01.2015	399	139
21.01.–25.01.2015	399	139
28.01.–01.02.2015	399	139
04.02.–08.02.2015	459	179
18.02.–22.02.2015	479	199
25.02.–01.03.2015	479	199
04.03.–08.03.2015	489	219
11.03.–15.03.2015	489	219
18.03.–22.03.2015	499	239
25.03.–29.03.2015	499	239
01.04.–05.04.2015	599	239
08.04.–12.04.2015	599	239
22.04.–26.04.2015	579	239
29.04.–03.05.2015	579	239
06.05.–10.05.2015	599	249
13.05.–17.05.2015	609	249
20.05.–24.05.2015	609	249
27.05.–31.05.2015	619	249
Samstag–Mittwoch		
DZ	EZ-Zuschlag	
14.02.–18.02.2015	479	199
07.03.–11.03.2015	489	219
14.03.–18.03.2015	499	239
21.03.–25.03.2015	499	239
28.03.–01.04.2015	599	239
04.04.–08.04.2015	599	239
11.04.–15.04.2015	579	239
18.04.–22.04.2015	579	239
25.04.–29.04.2015	579	239
02.05.–06.05.2015	599	249
09.05.–13.05.2015	609	249
16.05.–20.05.2015	609	249
23.05.–27.05.2015	619	249
30.05.–03.06.2015	619	249

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit Turkish Airlines nach Istanbul und zurück in der Economy-Class
- 4 Übernachtungen im sehr guten, zentral gelegenen Hotel „Hilton ParkSA“
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- 4 x reichhaltiges Frühstücksbuffet mit frisch gepresstem Orangensaft und Eiervariationen nach Wunsch
- Transfers in landesüblichem, klimatisiertem Reisebus vom Flughafen zum Hotel und zurück mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Erkundungsbummel am 1. Reisetag mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung
- Ausflug „Orient Live!“ am 4. Reisetag mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung
- Raki-Willkommensgetränk
- Tee- und Kaffeezubereitungsmöglichkeit im Hotelzimmer
- Zwei Flaschen Mineralwasser pro Tag im Hotelzimmer
- 30 Minuten Internetnutzung im Businesscenter des Hotels
- Nutzung des Fitnesscenters
- Kofferservice im Hotel
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (€ 138,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflugspaket / 2 Ausflüge € 99,-
Beide Busausflüge mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung, Eintrittsgeldern, Bosphorus-Fährschiff, Haselnussgebäck mit Tee, Mokka und Sahlep (Orchideengetränk).

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen
Höchstteilnehmerzahl: 29 Personen
Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (näheres siehe Reisebedingungen).

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise ISTANBUL

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflugspaket/2 Ausflüge

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

Cybersicherheit ernst nehmen

„Cybersicherheit ist ein entscheidender Punkt bei der Entwicklung unseres Landes!“, war die Hauptaussage des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann, MdL, als er bei der Mittelstandsunion München zum Thema Wirtschaftsspionage zu Gast war. Rund 100 Gäste im Johannis-saal im Schloss Nymphenburg in München interessierten sich für den Vortrag.

Die Begrüßung erfolgte durch den Bezirksvorsitzenden des Münchener Wirtschaftsbeirats Hans Hammer. Er warnte die Anwesenden, dass es eine fahrlässige und kostspielige Fehleinschätzung sein könne, wenn man als Unternehmer dieses Thema nicht ernst nehme. „Unsere Daten sind überall verteilt und dafür müssen Unternehmen ein Bewusstsein entwickeln!“

„Wirtschaftsspionage richtet jährlich einen Schaden in Millionen-

höhe an!“, warnte Innenminister Hermann das Publikum. Deutschland ist weltweit am meisten von Cyberangriffen betroffen und auch auf die Netzwerke des Bayerischen Staates gibt es täglich tausende Cyber-attacken. Zwar sind die USA zum Thema Spionage zurzeit in aller Munde, doch die wahre Gefahr gehe von Spionen aus Russland und China aus. Dort sind die Nachrichtendienste sogar dazu verpflichtet, Wirtschaftsspionage in anderen Ländern zu betreiben. Die Gefahr geht besonders von Hackern und gut getarnten Agenten aus. Insbesondere mittelständische Unternehmen in Bayern seien gefährdet, denn sie sind meist sehr innovativ und genau diese Innovationen sollen von Spionen abgeschöpft werden. Doch leider sind sich die Unternehmen dieses Risikos meist nicht bewusst, weswegen eine intensive Aufklärungsarbeit nötig ist.

Initiative Wirtschaftsschutz

Deshalb gibt es bereits seit 2010 die Initiative Wirtschaftsschutz in Bayern, die Unternehmen helfen soll, ihr Knowhow effektiv zu schützen. „Cybersicherheit ist ein entscheidender Punkt bei der Entwicklung unseres Landes“, so Herrmann. Doch um diese voranzutreiben, brauche es ein gemeinsames europäisches Projekt, zu dem es auch gehört, etwa eine konkurrenzfähige europäische Cloud ins Leben zu rufen, um nicht mehr abhängig von den Angeboten aus anderen Kontinenten zu sein. Vor Ort ist der Ansprechpartner für bayerische Unternehmen das Cyberallianzzentrum im Landesamt für Verfassungsschutz.

Anschließend gab es noch eine Diskussionsrunde mit Joachim Herrmann, die vom Bezirksvorsitzenden der Münchener Mittelstandsunion, Thomas Schmatz, geleitet wurde und sich entsprechend der Brisanz dieses Themas großer Beteiligung erfreute.



MU Bezirksvorsitzender München Thomas Schmatz, Innenminister Joachim Herrmann und Bezirksvorsitzender des Münchner Wirtschaftsbeirats Hans Hammer (v. l.)

Verabschiedung



Am 1. Juli hat die Landesgeschäftsführerin der MU-Bayern, Julia Gschrey, als Planungsbeauftragte in das Büro des CSU-Generalsekretärs Andreas Scheuer, MdB gewechselt. Die Mittelstands-Union Bayern dankt für hervorragende Arbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Planungen und Neuwahlen in Rosenheim

Helmut Cybulska, Dezernent für Stadtplanung, Umwelt, Bauwesen informierte über den aktuellen Planungs-Stand als Gastredner bei der Jahreshauptversammlung der Mittelstandsunion Kreisverband Rosenheim-Stadt mit Neuwahlen.

Die Zuhörer konnten sich aus erster Hand über die aktuellen Planungen bezüglich der weiteren Entwicklung des Bahnhofsgeländes informieren. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, dass der Mittelstand ausdrücklich die Neuausweisung von Flächen für Dienstleistung, Gewerbe und Einzelhandel im Bereich Bahnhof Nord und nach Möglichkeit noch weiteren Gewerbeflächen im Bereich Bahnhof Süd begrüßt, insbesondere im Hinblick auf die generelle Flächenknappheit für Unternehmensansiedelungen im Stadtgebiet.

Positiv bewerteten die Mittelstands-Vertreter die gesonderten Planungen im Bereich Süd für die Bereiche Bildung, Forschung und Technologie, kämen doch gerade sehr hoch qualifizierte Mitarbeiter auch aus dem Umland und könnten hier zentral mit der Bahn zu ihrem Arbeitsplatz gelangen. Die Notwendigkeit für die Errichtung eines Hotels wurde von den Mitgliedern ausdrücklich unterstrichen.

Die anschließend durchgeführten Neuwahlen brachten auch zwei neue Gesichter in den Vorstand: Die Unternehmer Michael Hartinger und Andreas März, Stadtrat, wurden zu stellvertretenden Vorständen gewählt. Bestätigt in den Ämtern wurden Reinhard Bauer als Vorsitzender des Vorstandes und Otto Kreuzer als stellvertretender Vorstand sowie Ralph Eger als Schatzmeister und Christian Guggenbichler als Schriftführer. Als Beisitzer wiedergewählt wurde Joachim Stock ebenso wie die Kassenprüfer Josef Kaffl und Max Keil.



Vorstand der MU Rosenheim Stadt: Joachim Stock, Ralph Eger, Otto Kreuzer, Michael Hartinger, Christian Guggenbichler, Reinhard Bauer, Andreas März (v. l.)



Politik für den Mittelstand in Europa



17 Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament haben sich erneut für eine verbesserte Mittelstandspolitik auf europäischer Ebene zusammengeschlossen. Aufbauend auf dem bereits im Februar 2013 gegründeten Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM) der CDU/CSU wollen die Europaabgeordneten Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU) jetzt auch innerhalb der EVP-Fraktion ein Netzwerk mittelstandsfreundlicher Abgeordneter aufbauen. „Überregulierung und Bürokratie etwa im Umwelt- und Verkehrsbereich, im Finanzwesen oder durch zusätzliche Informationspflichten belasten kleine und mittlere Unternehmen. EU-Gesetzgebung muss in diesen Bereichen dringend vereinfacht werden“, so die beiden Europaabgeordneten.

Mittelstandspreis „Der Arminius“



Die MIT Bad Lipspringe hat den Unternehmer Rudolf Broer (Foto Mitte mit Ehefrau Bujare) mit dem Mittelstandspreis „Der Arminius“ ausgezeichnet. Vor mehr als 100 Gästen würdigte MIT-Chef Raphael Schäfers (Foto links) die sozialen Aktivitäten des Herstellers von Sicherheitsanlagen im Straßenverkehr. Dem Preisträger gratulierten auch Ortwin Goldbeck (Foto 2.v.l., Präsident der IHK Ostwestfalen) und Elmar Brok, MdEP.

Politiktalk auf der Ems



Der Meppener MIT-Kreisvorsitzende Günter Reisner (Foto rechts) hatte zur Schifffahrt auf der Ems eingeladen. Die Gäste auf der vollbesetzten MS Amisia diskutierten mit Jens Gieseke, MdEP (Foto links), über das Duale System und den europäischen Binnenmarkt.

Naturverbunden



Mittelstandstreff im Möbelhaus



Die MIT Frankenthal diskutierte bei einem Unternehmensbesuch im Möbelhaus Ehrmann über Bildungspolitik und Infrastruktur. Mit dabei waren (Foto v.l.n.r.) der stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende in Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf, der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Martin Brandl, MdL, der MIT-Kreisvorsitzende Lucas Spiegel und Geschäftsführer Horst Ehrmann.

Sommertour durch Betriebe der Region



Ingo Hellwig von der MIT Rhein-Sieg (Foto links) nutzte gemeinsam mit Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB (Foto 2.v.l.), die Sommerpause, um Firmen und Einrichtungen im Rhein-Sieg-Kreis zu besuchen. Dabei trafen sie Dr. Wolfgang Vogel und Nicole Blauensteiner von der Firma Schäfer Chemische Fabrik GmbH.

Bei der MIT Treptow-Köpenick standen die Themen Gesundheit, Natur und Erholung im Vordergrund. Gemeinsam besuchte man das Naturparkzentrum am Wildgehege Glauer Tal bei Trebbin.

MIT Südhessen



Oliver Roeder (Foto 2.v.r.) ist weitere zwei Jahre Vorsitzender des MIT-Bezirksverbands Südhessen. Dem Vorstand gehören zudem Feridun Bahadori (Foto rechts), Franzi Gösch, Ute Dupper, Christa Schreiner, Nicole Sauerwein- Pittich, Horst Nawrath, Wolfram Winkler und Andreas Zimmermann) an. Zu Gast waren Staatssekretär Dr. Michael Meister, MdB, die stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Patricia Lips, MdB (Foto 2.v.l.) sowie der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Pentz, MdL (Foto rechts).

MIT Mecklenburgische Seenplatte



Peter Bauer wurde zum neuen Vorsitzenden der MIT Mecklenburgische Seenplatte gewählt. Stellvertreter wurden Frank Benischke und Jörn Gotzsch. Norbert Jarchow als Schatzmeister und Uwe Diesend als Schriftführer komplettieren das neue Führungsteam.

MIT Rhein-Kreis-Neuss



Der Vorsitzende der MIT-Kommission Europapolitik, Dr. Markus Pieper, MdEP und PKM-Vorsitzende der EVP-Fraktion war Gast der MIT der Rhein-Kreis-Neuss. Mit ihm diskutierten Unternehmer, Mandatsträger und der MIT-Kreisvorstand unter Leitung des MIT-Vorsitzenden Stefan Arcularius. Pieper machte deutlich, dass sich die CDU klar gegen Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds und Vergemeinschaftung von Schulden stellt.

MIT Gütersloh

Stefan Bierfischer ist neuer Vorsitzender der MIT Gütersloh. Stellvertreter sind Bernd Tischler und Mathias Westerbarkei, Schatzmeister wurde Wilhelm Honerlage und Schriftführer wurde Tobias Lüffe-Baak. Beisitzer sind künftig Tim Arnold, Volker Böger, Ulrich Flötotto, Dr. Karl Michael Müller und Dr. Martina Schwartz-Gehring.



Das neue Team der MIT Gütersloh mit Stefan Bierfischer (Foto 3.v.r.) an der Spitze

MIT Württemberg-Hohenzollern



Der Halttau-Wirt und MIT-Urgestein Werner Endress empfing die MIT-Bezirksvorsitzende Württemberg-Hohenzollern, Margarete Reiser und 50 Mittelständler aus der Region zum Mittelstandstag des MIT-Bezirksverbandes. Besondere Gäste waren Dr. Hermann Schaufler (Minister a.D.), Thomas Bareiß, MdB, Lothar Riebsamen, MdB, und der CDU-Bezirksvorsitzende Norbert Lins, MdEP.

Dumm gelaufen, Herr Trittin

Das Märchen von der Energiewende, die nur eine Eiskugel kosten sollte

Der Titel unserer letzten Magazin-Ausgabe lautete „Ohne Speicher geht es nicht“. Und wie bei allen anderen Hefen, in denen wir die Energiepolitik aufgriffen, war das Leserecho reger, vor allem lebhafter und heftiger als bei anderen Themen.

Deshalb greifen wir das Thema im Nachklapp gerne noch einmal auf in Verbindung mit der Vorstellung eines Taschenbuchs zur Energiewende. Schon einige Kapitelüberschriften lassen aufhorchen: „Energiewende ohne Speicher ist wie reiten ohne Pferd“, „Solarfarmen statt Energiemaiswüsten“, „Schluss mit Natur-Tabus“ oder „Klar zur Energiewende-Wende“. Der Autor Friedrich Schröder hat als Journalist lange Jahre in der Elektrizitätswirtschaft gearbeitet und gehört zu den Freunden der klaren Aussprache. Er malt keine Horrorszenarien an die Wand und liefert stattdessen eine sachkundige und auch für den Laien nachvollziehbare Bestandsaufnahme dessen, was ist und vor allem, was fehlt.

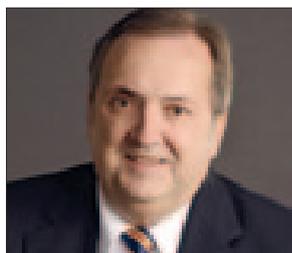
Zu letzterem zählt er die fehlenden Speicher und Hochspannungsleitungen, und natürlich auch den Mut der politisch Verantwortlichen zu einer Wende der Energiewende. Schröder schreibt: „Wer sich heute gegen den unkoordinierten Ausbau der Regenerativen stemmt, läuft Gefahr, unter die Stiefel der Grünstrom-Förderer und -Förderer zu geraten... Der Kampf um Pfründe geht auch nach der Ökostrom-Reform vom Juni 2014 weiter, solange Öko-Lobby und EU-Kommissare die Reform-Manuskripte redigieren dürfen. Es sei denn, politische Stärke, gepaart mit Sachverstand und Vernunft, setzt sich hierzulande und in der EU endlich durch.“ Viel Zeit jedenfalls bleibt nicht mehr.

Grünen-Guru Jürgen Trittin prophezeit einst, die Energiewende werde jeden von uns 1,50 Euro pro Monat, also eine Eiskugel, kosten. Letztes Jahr zahlten wir Deutschen gut 19 Milliarden für Strom aus grünen Energien, der am Markt zwei Milliarden Euro wert war: also 17 Milliarden zu viel, das sind 215 Euro für jeden Bundesbürger. 12 Eiskugeln dagegen hätten 18 Euro gekostet. **Dumm gelaufen, Herr Trittin.**



Schwarzbuch Energiewende

Friedrich Schröder
Taschenbuch, 150 S., 8,99 Euro
ISBN 978-3-934900-60-8



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Foto: Fotolia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



EntscheiderKonvent



Dr. Dr. Cay von Fournier,
Arzt und Unternehmer



Dr. Florian Langenscheidt,
Autor und Herausgeber



Bodo Janssen,
Geschäftsführer
Upstalsboom



Dr. Silvia Danne,
Marketing-Expertin



Hubert Schwarz,
Extremsportler



Regina Först,
Autorin, Unternehmensberaterin
und Top-Coach



Marco v. Münchhausen,
Experte für Selbstmotivation



**Paul Johannes
Baumgartner,** Moderator
bei Antenne Bayern

MELDEN SIE SICH JETZT ZUM KONGRESS AN!

Exzellenz im Mittelstand – was erfolgreiche Unternehmer anders machen.



Wer die Führung eines mittelständischen Unternehmens verantwortet, muss im Hinblick auf wichtige Wirtschafts- und Führungsthemen immer auf dem Laufenden sein. Die Veranstaltungsreihe „EntscheiderKonvent“ führt Sie mit motivierenden Vorträgen und anregenden Diskussionen renommierter Top-Referenten in die Managementwelt der Zukunft.

Die spannenden Themen sind u.a.:

- Exzellenz als Schlüssel zum Erfolg
- Optimismus: die wichtigste erneuerbare (Unternehmer)Energie
- Das Geheimnis von Hochleistungsteams
- Vom zufriedenen Kunden zum begeisterten Fan und viele weitere mehr ...

Termine 2014

16.05.	St. Georgen/Schwarzwald
23.05.	Berlin
06.06.	Hamburg Kaltenkirchen
27.06.	München
26.09.	Mannheim
24.10.	Bad Oeynhausen
21.11.	Chemnitz
05.12.	Stuttgart

Immer freitags, 13:00 bis 19:00 Uhr

Jetzt informieren und anmelden unter www.focus.de/entscheiderkonvent2014

Eine Kooperation von:



SchmidtColleg
Seminare

Unterstützt von:



€0
Sonderzahlung¹

1%
Monatsrate¹

97 g CO₂
pro Kilometer²



Abb. zeigt Sonderausstattung.

ASTRA SPORTS TOURER

AUSGEZEICHNET ZUVERLÄSSIG.³



UMPARKEN
IM KOPF.DE

#UMPARKENIMKOPF

- Nur 97 g/km CO₂-Emission²
- Nur 3,7 l/100 km Verbrauch²
- „Herausragendes Ergebnis im 100.000-km-Dauertest“
der auto motor und sport³

Eine individuelle Beratung und persönliche Betreuung bietet Ihnen das Opel Firmenkundencenter:
Tel.: 0180 58010⁴, info@opel-firmenkundencenter.de

opel.de

¹Ein Angebot der GMAC Leasing GmbH, Mainzer Straße 190, 65428 Rüsselsheim. Für alle Opel Astra, Laufzeit: 36 Monate, Laufleistung: 10.000 km/Jahr. Die Leasingrate bezieht sich auf die UVP der Adam Opel AG. Alle Preise verstehen sich zzgl. Überführungskosten. Angebot freibleibend und nur gültig bei Vertragsabschluss beim Leasinggeber bis 30.09.2014. Das Angebot gilt ausschließlich für Gewerbekunden. ²Kombinierter Wert (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007) für den Opel Astra Sports Tourer 1.6 CDTI ecoFLEX Start/Stop mit 81 kW (110 PS). ³auto motor und sport, Heft Nr. 12/2013, im 100.000-km-Dauertest der Kompaktklasse, getestet mit dem Opel Astra Sports Tourer 2.0 CDTI. ⁴0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.

Kraftstoffverbrauch kombiniert 7,2–3,7 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert 169–97 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse E–A+



Wir leben Autos.